I. LANDTAG

TÄTIGKEITSBERICHT

Landtagspräsident: Albert Frick
Landtagssekretär: Josef Hilti

Die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2015

Aufgrund von Art. 62 der Verfassung vom 5. Oktober 1921 hat die Regierung dem Landtag alljährlich einen Rechenschaftsbericht über die gesamte Staatsverwaltung zu erstatten. Ähnlich wie in den Vorjahren wird anlässlich dieser Publikation die Öffentlichkeit über die Tätigkeit des Landtags im Jahr 2015 informiert.

Plenarsitzungen

Der Landtag tagte im Berichtsjahr 2015 an insgesamt 23 Sitzungstagen während rund 197 Stunden und beriet dabei über Gesetzesvorlagen, Finanzbeschlüsse, internationale Übereinkommen etc. (Vorjahr 21 Sitzungstage, ca. 189 Stunden). Nach der Eröffnungssitzung mit Thronrede vom 22. Januar 2015 trat der Landtag zu 8 ordentlichen Arbeitssitzungen zusammen, für welche jeweils bis zu 3 Arbeitstage in Anspruch genommen wurden. Die erste Arbeitssitzung begann am 4. März 2015, die letzte inklusive formeller Schliessung des Landtags endete am 4. Dezember 2015. Die durchschnittliche Dauer eines Sitzungstages betrug im Berichtsjahr rund 9 Stunden. Im Jahr 2015 wurden 176 Landtagsbeschlüsse ausgefertigt (Vorjahr 185). 67 Gesetzesvorlagen wurden vom Landtag im Anschluss an die 2. Lesung erlassen (Vorjahr 58). Zudem behandelte der Landtag 16 Finanzvorlagen und 26 Wahlgeschäfte. Des Weiteren wurden 25 Berichte (z.B. Hochbautenbericht, Verkehrsinfrastrukturbericht oder Bericht über die Justizpflege des Landgerichtes und des Obergerichtes) und diverse mündliche Informationen der Regierung zur Kenntnis genommen. Der Landtag hatte sich im Berichtsjahr 24-mal mit aussenpolitischen Vorlagen zu befassen, dazu debattierte er über periodische Standardtraktanden, wie beispielsweise den Rechenschaftsbericht in der Juni-Sitzung oder den Landesvoranschlag in der November-Sitzung. Diese beiden Themenkreise, zum einen die Finanzhoheit, zum anderen die Kontrolle der Staatsverwaltung, gehören verfassungsgemäss zu den bedeutendsten Aufgaben des Parlaments überhaupt. Während des Berichtsjahrs wurden 13 Einbürgerungsgesuche (Vorjahr ebenfalls 13) durch den Landtag in Behandlung gezogen und gutgeheissen. Die Aktuelle Stunde wurde 4-mal abgehalten, 4-mal wurde darauf verzichtet. Im Berichtsjahr wurden 20 parlamentarische Eingänge eingereicht (Vorjahr 37), davon 2 Initiativen, 1 Petition, 2 Postulate, 8 Motionen und 7 Interpellationen. Die Initiativen zielten auf die Mindestertragssteuer und auf die Abänderung des Geldspielgesetzes ab. Die Petition befasste sich mit gesetzlichen Grundlagen für die Schaffung einer unabhängigen Institution für Menschenrechte. Die Postulate handelten von einer möglichen Geschlechterquote in Führungspositionen der Landesverwaltung und in Kommissionen, Stiftungsräten und Verwaltungsräten von staatlichen und staatsnahen Betrieben sowie von der Festigung der Zielerreichung der IHZE. Die Motionen betrafen u. a. die Stärkung der Oberaufsicht der Regierung über öffentliche Unternehmen, die Abschaffung des Grundmandatserfordernisses bei Gemeinderatswahlen und die zeitgemässe Ausgestaltung der Kündigungsbestimmungen der Staatsangestellten. Die Interpellationen handelten u. a. vom Schulbeginn am Morgen an den weiterführenden Schulen, von den Liechtensteinischen Kraftwerken, von der Stiefkindadoption oder vom Liechtensteinischen Krankenversicherungsgesetz (KVG). Die Beantwortung von Parlamentarischen Eingängen wie Postulaten und Interpellationen durch die Regierung erfolgte gemäss Geschäftsordnung des Landtags in schriftlicher Form. Im Berichtsjahr stellten die Abgeordneten 183 Kleine Anfragen an die Regierung (Vorjahr 198). Gemäss Geschäftsordnung wurden diese jeweils spätestens am Ende des 3. Sitzungstages mündlich von der Regierung beantwortet. Der Landtag tagte im Berichtsjahr 8-mal in nichtöffentlicher Sitzung. Normalerweise findet die nichtöffentliche Sitzung am ersten Tag der Landtagssitzung vor Beginn der öffentlichen Nachmittagssitzung statt. In den nichtöffentlichen Sitzungen werden hauptsächlich vertrauliche Themen diskutiert und behandelt, wie beispielsweise die aktuelle Situation des liechtensteinischen Finanzplatzes, Personalentscheidungen oder organisatorische Belange, die den Landtag selbst betreffen. Erstmals seit 1999 beschloss der Landtag anlässlich der November-Sitzung die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK). Die PUK soll die Vorgänge rund um die kostspieligen Auslandsinvestitionen der Liechtensteinischen Post AG untersuchen (mehr dazu unter der Rubrik Kommissionen).

Landesausschuss

Gemäss Verfassung des Fürstentums Liechtenstein besorgt der Landesausschuss die Geschäfte des Landtags und seiner Kommissionen während der Zeit zwischen Schliessung und Wiedereröffnung des Landtags. Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Albert Frick mit den Abgeordneten Christine Wohlwend, Christoph Wenaweser, Herbert Elkuch und Wolfgang Marxer tagte der Landesausschuss im Berichtsjahr 1-mal.

Landtagskommissionen – Ständige Kommissionen

Landtagskommissionen tagen in nichtöffentlichen Sitzungen. Sie haben vor allem beratende und abklärende Funktion und informieren das Plenum in der Regel schriftlich anhand von Sitzungsprotokollen oder Berichten.

Aussenpolitische Kommission

Die Aussenpolitische Kommission tagte 2015 in 9 Arbeitssitzungen. Ihr gehörten Landtagspräsident Albert Frick (Vorsitz) und die Abgeordneten Alois Beck, Karin Rüdisser-Quaderer, Pio Schurti und Thomas Lageder als Mitglieder an. Neben der Vorberatung aussenpolitischer Traktanden des Landtags wurden unter anderem diverse Übereinkommen sowie Beschlüsse des gemeinsamen EWR-Ausschusses behandelt. Zu den Standardtraktanden gehörten die Berichte der Regierung zur aussenpolitischen Lage, die Jahresberichte der einzelnen Delegationen bei den internationalen Parlamentarier-Organisationen (Europarat, OSZE, IPU, EWR/EFTA etc.) sowie die Berichte der EFTA und der Europäischen Überwachungsbehörde (ESA). Die Regierung informierte zudem periodisch über aktuelle Entwicklungen betreffend den Finanzplatz Liechtenstein sowie über die Aufgaben und die personellen Anforderungen im Bereich der liechtensteinischen Aussenpolitik. Das Hauptaugenmerk lag im Jahre 2015 auf dem Abschluss von Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung von Einkommen und Vermögen. Des Weiteren wurden u. a. die folgenden Traktanden behandelt: Übereinkommen des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels, Vereinbarung zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Europäischen Union zur Festlegung der Modalitäten seiner Beteiligung am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen, Übereinkommen des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch, 20 Jahre Mitgliedschaft des Fürstentums Liechtenstein im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), 25 jährige Mitgliedschaft Liechtensteins bei der UNO – basierend auf diesem Anlass fand auch ein Gespräch der APK mit dem stellvertretenden UNO Generalsekretär Jan Eliasson am 26. November statt, der auf Einladung der Regierung an der Feier dieses Jubiläums in Liechtenstein anwesend war. Im Berichtsjahr besuchte die APK die Liechtensteinische Botschaft in Wien, wo sie einen umfassenden Einblick in die Tätigkeiten und Aufgaben der Botschaft erhielt. Während dieses Besuchs in Wien fand ein Treffen mit einer Delegation des österreichischen Nationalrats unter der Leitung von Vizepräsident Karlheinz Kopf statt. Ebenfalls traf die APK mit dem stellvertretenden UNO Exekutivdirektor Aldo Lale-Demoz zu einem Gesprächsaustausch zusammen. Zudem fand ein von der Botschaft in Wien organisiertes Treffen mit der südmährischen Landesregierung unter Leitung von Landeshauptmann Dr. Michal Hasek und dem Leiter des Aussenpolitischen Ausschusses Vaclav Novak in Brünn/CZ statt. Vom 27. August bis 1. September nahm Landtagspräsident Albert Frick an der von der IPU organisierten Weltkonferenz der Parlamentspräsidenten in New York teil. Ferner nahmen Landtagspräsident Albert Frick und Landtagssekretär Josef Hilti vom 12. bis 14. Oktober an der 10. Parlamentspräsidenten-Konferenz europäischer Kleinstaaten in Monaco teil.

Finanzkommission

Die Finanzkommission wurde im Jahr 2015 von den Abgeordneten Johannes Kaiser (Vorsitz), Wendelin Lampert, Thomas Vogt und Herbert Elkuch sowie dem stv. Abgeordneten Patrick Risch gebildet. In 15 Sitzungen wurde über finanzrelevante Themen beraten. Die Arbeit der Finanzkommission besteht gemäss Art. 65 der Geschäftsordnung für den Landtag des Fürstentums Liechtenstein (LGBl. 2013 Nr. 9) in der Prüfung und Begutachtung von Voranschlägen des Staates und der sonstigen Körperschaften, der Anstalten öffentlichen Rechts sowie der staatlichen Betriebe, ausgenommen der Gemeinden. Weiter hat die Finanzkommission sämtliche Vorlagen über Kredite, Bürgschaften, Anleihen des Staates, Käufe und Verkäufe von Liegenschaften, die Ausführung von Staatsbauten und die Gewährung von ausserordentlichen Beiträgen und Unterstützungen auf ihre Relevanz und Gesetzesmässigkeit hin zu prüfen. Die Finanzkommission kann vom Landtag ermächtigt werden, an seiner Stelle über die Zustimmung betreffend den Erwerb oder die Veräusserung von Grundstücken zu entscheiden. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden (Landesvoranschlag und Finanzplanung, Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen, Anlagestrategie der Poolanlagen, Berichte der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein, Hochbautenbericht, Verkehrsinfrastrukturbericht etc.) gab es im Berichtsjahr insbesondere folgende Behandlungsthemen: Entfall der CH-Quellensteuer-Einnahmen; Abänderung des Steuergesetzes; Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung für das Jahr 2016; Staatsbeitrag an den Historischen Verein für das Fürstentum Liechtenstein; Gesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen; Abänderung des Steueramtshilfegesetzes; Staatsbeitrag an das Liechtenstein-Institut; Ausrichtung einer Subvention für den Neubau des LAK-Pflegeheims Haus St. Peter und Paul in Mauren; Nachtragskredit zur Sanierung der Liechtensteinischen Post AG; Staatsbeitrag an die Universität Liechtenstein; Gewährung eines Darlehens für den Neubau des Ostschweizer Kinderspitals.

Geschäftsprüfungskommission

Gemäss Art. 63 der Verfassung des Fürstentums Liechtenstein kommt der Geschäftsprüfungskommission die Aufgabe zu, für den Landtag das Recht der Kontrolle über die gesamte Staatsverwaltung und deren Verwaltungshandeln auszuüben. Die Geschäftsprüfungskommission wird dabei in ihrer Arbeit durch die Finanzkontrolle unterstützt. Die Geschäftsprüfungskommission trat im Berichtsjahr zu insgesamt 10 Sitzungen zusammen. Ihr gehörten die Abgeordneten Wolfgang Marxer (Vorsitz), Peter Büchel, Erich Hasler und die stellvertretenden Abgeordneten Rainer Gopp und Thomas Rehak an. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden wie den IT- und Security-Reviews, der Überprüfung der Eigner- und Beteiligungsstrategien (Beteiligungscontrolling) so-

wie den diversen Berichten der Finanzkontrolle (u. a. zur Landesrechnung), lag das Hauptaugenmerk im Berichtsjahr 2015 auf folgenden Themenbereichen: Situation Kunstschule; Situation Universität Liechtenstein; Situation Landesspital; Austrittsgespräche beim Amt für Personal- und Organisation; Finanzielle Entschädigung von Musiklehrern; WZW-Verfahren; Netzproblematik LKW. Während des Berichtsjahres stattete die Geschäftsprüfungskommission der Steuerverwaltung, der Arbeitslosenversicherung und dem Amt für Kommunikation einen Arbeitsbesuch ab. Diese Besuche vor Ort gewähren der Geschäftsprüfungskommission jeweils interessante Einblicke in die Geschäftstätigkeiten und -abläufe der entsprechenden Ämter. Zudem eröffnen diese Besuche den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission die Möglichkeit, spezifische Probleme bei den betreffenden Stellen näher erörtern zu können.

Landtagspräsidium
Neben Landtagspräsident Albert Frick und Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller gehörten die Fraktionssprecher Christine Wohlwend (FBP), Christoph Wenaweser (VU), Harry Quaderer (DU), Helen Konzett Bargetze sowie Landtagssekretär Josef Hilti mit beratender Stimme dem Landtagspräsidium an. Das Landtagspräsidium trat im Berichtsjahr zu 11 Sitzungen zusammen und befasste sich hauptsächlich mit der Festlegung der Tagesordnungen für die öffentlichen und nichtöffentlichen Landtagssitzungen. Des Weiteren wurden im Besonderen die nachfolgenden Themen beraten: Anpassung der Zustellfristen gemäss der Geschäftsordnung für Berichte und Anträge an den Landtag, Überprüfung bzw. Neukonzeption der Übertragungstechnik im Landtagssaal, Budget des Landtags per 2016, Benutzung der Eingangshalle des Landtagsgebäudes am Staatsfeiertag durch die Landespolizei, neue Regelung betreffend die Teilnahme an internationalen Wahlbeobachtungen durch Mitglieder der Parlamentarierdelegationen, Zurverfügungstellung einer zusätzlichen Browserlösung zur Korrektur der Landtagsprotokolle, Vorbringen von Kleinen Anfragen an den Landtagssitzungen. Auf Einladung der Ratsleitung des Kantonsrates von Obwalden stattete das Präsidium diesem am 23. April einen Besuch ab. Weiter empfing das Präsidium am 23. u. 24. Juni im Rahmen der periodisch stattfindenden so genannten parlamentarischen Freundschaftsgruppentreffen die Vertreter des schweizerischen Parlamentes – mit Mitgliedern beider Räte – zu einem Meinungsaustausch. Das Präsidium traf sich zudem zu einem Arbeitsgespräch mit dem erweiterten Präsidium des Vorarlberger Landtags am 9. Oktober in Bregenz.

EWR-Kommission
Die EWR-Kommission überprüft die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in Brüssel mit Blick darauf, ob sie gemäss Art. 8 Abs. 2 der Verfassung dem Landtag zur Behandlung und Entscheidung vorzulegen sind. Die Mitglieder der EWR-Kommission, Christian Batliner (Vorsitz), Christoph Beck und der stellvertretende Abgeordnete Thomas Rehak überprüften in 8 Sitzungen die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bzw. die EU-Richtlinien und -Verordnungen. Die Unterlagen dazu werden jeweils direkt von der Stabsstelle EWR zur Verfügung gestellt. 2015 wurden 554 EU-Rechtsakte (total seit Abkommen 8'439) durch 321 Beschlüsse (total seit Abkommen 3'585) des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in das EWR-Abkommen übernommen (Quelle: Stabsstelle EWR/EEA Coordination Unit).

Richterauswahlgremium
Das Richterauswahlgremium mit den Abgeordneten Manfred Batliner, Thomas Vogt, Pio Schurti und Thomas Lageder trat im Berichtsjahr zu 9 Sitzungen zusammen, um ihre Aufgabe in diesem Gremium adäquat zu erfüllen. Die vom Richterauswahlgremium dem Landtag in Vorschlag gebrachten Kandidaten wurden mit einer Ausnahme allesamt gewählt.

Landtagskommissionen – Untersuchungskommissionen

Gem. Art. 70 der Geschäftsordnung für den Landtag kann der Landtag zur Feststellung von Tatsachen sowie zur Abklärung von Verantwortlichkeiten Untersuchungskommissionen einsetzen. Der Landtag beschloss im November erstmals seit 1999 eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) einzusetzen und zwar im Zuge der notwendig gewordenen Sanierung der Liechtensteinischen Post AG. Der Auftrag an die PUK kann dabei wie folgt zusammengefasst werden: Dokumentation und Untersuchung des Projekts «eSolutions»; Untersuchung und Klärung der Verantwortlichkeiten für die wesentlichen Entscheidungen; Einhaltung von Gesetzen und Vorgaben durch die Regierung, den Verwaltungsrat, die Geschäftsleitung, die Generalversammlung, die Revisionsstelle und die externen Berater; Dokumentation der Übernahme- und Beraterkosten. Die PUK besteht aus den Abgeordneten Erich Hasler (Vorsitz), Helen Konzett Bargetze, Pio Schurti und den stv. Abgeordneten Norman Marxer und Markus Kaufmann. Mit Rudolf Fehr konnte zudem ein ehemaliger Richter als juristischer Experte gewonnen werden. Die PUK nahm ihre Tätigkeit am 19. November auf und tagte im Berichtsjahr 4-mal. Im Juni 2016 soll ein erster Zwischenbericht zu Händen des Landtags erfolgen.

Parlamentarische Delegationen

Der Landtag wählt seine Delegationen für die Parlamentarischen Versammlungen internationaler Organisationen oder für Parlamentarierorganisationen zu Beginn einer Mandatsperiode für 4 Jahre. Die Delegationen sind laut Geschäftsordnung angehalten, dem Landtag jähr-

lich bis Ende April einen Tätigkeitsbericht, welcher im Plenum diskutiert wird, zu unterbreiten. Die Berichte sind öffentlich und geben Auskunft über die in den jeweiligen internationalen Gremien geführten Themendebatten. Die Berichte können bei der Regierungskanzlei oder beim Parlamentsdienst bezogen werden. Bezüglich Detailliertheit der folgenden Kurzberichte sei an dieser Stelle auf die ausführlicheren Berichte der jeweiligen Delegationen hingewiesen.

Parlamentarische Versammlung des Europarates
Die Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg setzte sich im Berichtsjahr aus den Abgeordneten Gerold Büchel (Delegationsleiter) und Judith Oehri als ordentliche Mitglieder, sowie Karin Rüdisser-Quaderer und dem stellvertretenden Abgeordneten Rainer Gopp als Ersatzmitglieder zusammen. Die Parlamentarische Versammlung ist das beratende Gremium des Europarates, das aus Abgeordneten der 47 nationalen Parlamente besteht. Die Versammlung besteht aktuell aus rund 648 Mitgliedern, darunter 324 Stellvertreter. Sie war die erste pan-europäische Versammlung in der Geschichte unseres Kontinents. Mit den Delegationen aus den nationalen Parlamenten ist sie das grösste politische Forum Europas. Im Berichtsjahr fanden neben diversen Ausschusssitzungen insgesamt vier Sessionen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg statt, an welchen die liechtensteinische Delegation vertreten war (26. bis 30. Januar; 20. bis 24. April; 22. bis 26. Juni; 28. September bis 2. Oktober). Dominierende Themen der Versammlung waren die Flüchtlingskrise in Europa sowie die Krise in der Ukraine. Nachdem im April 2014 der russischen Delegation die Stimmrechte entzogen wurde, musste im Berichtsjahr erneut darüber befunden werden. Dabei wurden die Beglaubigungsschreiben der russischen Delegation anerkannt, das Stimmrecht wurde aber weiter ausgesetzt. Ebenfalls wurde über die nachstehenden Themen debattiert: Terroranschläge in Paris – gemeinsam für eine demokratische Antwort; die humanitäre Lage der ukrainischen Flüchtlinge und Vertriebenen; Schutz der Sicherheit von Journalisten und der Medienfreiheit in Europa; Gleichstellung und Inklusion für Menschen mit Behinderungen; die menschliche Tragödie im Mittelmeer – Sofortmassnahmen vonnöten; Massenüberwachung; die Reform des Fussball-Managements; Verbesserung des Schutzes von Hinweisgebern; die Arbeitsweisen der demokratischen Institutionen in Aserbaidschan; eine umfassende humanitäre und politische Antwort auf die Migrations- und Flüchtlingskrise in Europa; die dringende Notwendigkeit der Schaffung eines echten europäischen Asylsystems und die Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Die Abg. Judith Oehri vertrat Liechtenstein am 14. und 15. Juni an einem Arbeitsbesuch in drei Flüchtlingslagern an der Türkischen Grenze zu Syrien.

EWR/EFTA Parlamentarierkomitee
Die Delegation des Liechtensteinischen Parlaments bei den EFTA- und EWR-Parlamentarierkomitees setzte sich im Jahr 2015 aus den Abgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter) und Harry Quaderer als ordentliche Mitglieder, sowie dem Abgeordneten Eugen Nägele und dem stellvertretenden Abgeordneten Manfred Kaufmann als Ersatzmitglieder zusammen. Neben den Delegationen aus Liechtenstein waren regelmässig Parlamentarier aus Island, Norwegen und der Schweiz vertreten. Die Hauptaufgaben der EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees sind, sich mit Fragen des EWR bzw. der EFTA auseinanderzusetzen und Stellungnahmen dazu abzugeben. Die Delegation nahm vom 12. bis 14. Januar an einem Arbeitsbesuch in Ankara teil. Ziel des Besuchs war die politische Unterstützung für die laufenden Verhandlungen zur Erweiterung des bestehenden Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und der Türkei. Das 44. Treffen des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees fand vom 16. bis 18. März in Fredrikstad statt. Dabei wurden die beiden Beschlüsse «TTIP und seine Auswirkungen auf den EWR» und «Industriestrategie in Europa» verabschiedet. Ebenso fand ein Austausch über die Digitale Agenda der Europäischen Union und über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA statt. Vom 13. bis 14. April nahm die Delegation an einem Arbeitsbesuch in Washington D.C. teil. Ziel der diversen Gespräche war den Dialog über eine umfassende transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA auf eine parlamentarische Dimension auszuweiten. Die möglichen Auswirkungen eines TTIP standen im Zentrum der Treffen des Parlamentarierkomitees mit Mitgliedern des TTIP-Ausschusses des US-Kongresses, dem TTIP-Chefunterhändler sowie den Vertretern der US-Handelskammer. Anschliessend nahm die Delegation vom 15. bis 17. April an einem Arbeitsbesuch in Brasilien teil. Ziel des Besuchs war den Beziehungen zwischen dem Mercosur und der EFTA durch die Wiederaufnahme des Handelsdialogs eine neue Dynamik zu verleihen. Das Parlamentarierkomitee nutzte die Gelegenheit, seinen brasilianischen Gesprächspartnern den Mehrwert eines Freihandelsabkommen zwischen Mercosur und den EFTA-Staaten darzulegen. Am 22. Juni nahm die Delegation am 110. CMP- und 77. MPS-Meeting sowie am 52. EFTA-Ministertreffen und am 16. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee in Schaan teil. Das Parlamentarierkomitee wurde über die neusten Entwicklungen im EWR-Abkommen informiert. Anschliessend informierten die Minister über die neusten Entwicklungen bezüglich Freihandelsabkommen. Am 17. November fand ein Treffen der EWR/EFTA-Minister mit dem Parlamentarier- sowie Konsultativkomitee in Brüssel statt. Dieses Treffen bietet den beteiligten Gremien die Möglichkeit sich über die neusten Entwicklungen im EWR auszutauschen. Die Minister informierten das Komitee über die Einigung über die Weiterführung des Finanzierungsmechanismus

für die Periode 2014 – 2021, die Fortschritte bei der Errichtung der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden sowie die eingeleiteten Massnahmen der EWR/EFTA-Staaten zur Reduzierung der Übernahme von ausstehenden Rechtsakten ins EWR-Abkommen. Am 18. November nahm die Delegation an einer gemeinsamen Konferenz des Parlamentarier- und Konsultativkomitees zum Thema «The European Project in turbulent times» teil. Das 45. Treffen des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees fand am 19. November ebenfalls in Brüssel statt. Die folgenden Beschlüsse wurden verabschiedet: «Jahresbericht 2014 über das Funktionieren des EWR-Abkommens», «The Digital Single Market Strategy» und «The Energy Union». Am 23. November nahm die Delegation am 111. CMP-, 78. MPS-Meeting und 53. EFTA Ministertreffen in Genf teil. Dabei wurde das Parlamentarierkomitee über die neusten Entwicklungen der EFTA-Drittlandbeziehungen sowie über den Dialog zwischen der EFTA und den Vereinigten Staaten bezüglich den laufenden Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA informiert. Die Delegation nahm vom 24. bis 26. November an einem Arbeitsbesuch in Tiflis teil. Ziel des Besuchs war einerseits die handelspolitische Zusammenarbeit zwischen der EFTA und Georgien zu fördern und andererseits die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den beiden Parteien zu unterstützen.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)

Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE setzte sich im Berichtsjahr aus den Abgeordneten Karin Rüdisser-Quaderer (Delegationsleiterin) und Helen Konzett Bargetze als ordentliche Mitglieder sowie den Abgeordneten Judith Oehri und Elfried Hasler als Ersatzmitglieder zusammen. Die OSZE PV vereint 323 Abgeordnete aus 57 Teilnehmerstaaten. Ziel der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ist es, die parlamentarische Seite innerhalb der OSZE zu stärken sowie den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten zu erleichtern. Sie spielt eine führende Rolle bei Wahlbeobachtungen und stärkt die internationale Zusammenarbeit zur Umsetzung gemeinsamer Selbstverpflichtungen in den Bereichen Sicherheit und Politik, Wirtschaft und Umwelt sowie Demokratie und Menschenrechten. Die Delegation war im Berichtsjahr an der Wintertagung, an der Jahrestagung wie auch an der Herbsttagung vollständig vertreten. Die 14. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE fand vom 18. bis 20. Februar in Wien statt. An den Sitzungen der drei Ausschüsse wurden die Themen für die Jahrestagung erläutert und spezifiziert. Ausserdem fand eine Spezialdebatte zum Thema «Die Antwort der OSZE zu der Krise in und um die Ukraine» statt an der die OSZE-Sonderbeauftragte Heidi Tagliavini sprach. Die 24. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung fand vom 5. bis 9. Juli in Helsinki statt. Die Jahrestagung stand unter dem Thema «Zurück zum Geist von Helsinki» in Erinnerung an den 40. Jahrestag der Unterzeichnung der «Helsinki Akte». Mit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki wurde im Jahr 1975 die Gründung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa besiegelt. Dominierendes Thema an der Tagung war einmal mehr die Krise in der Ukraine. Ebenfalls debattiert wurden u. a. die Helsinki-Prinzipien; der OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit; die tragischen Todesfälle im Mittelmeer sowie verwundbare Frauen und Kinder in bewaffneten Konflikten. Abschliessend wurden diverse Wahlen durchgeführt. Nach einer über 20-jährigen Dienstzeit verzichtete der erste Generalsekretär der Versammlung, Spencer Oliver, auf eine erneute Kandidatur. Somit wurde Roberto Montella vom Ständigen Ausschuss der Versammlung zum neuen Generalsekretär gewählt. Am Ende der Tagung wurde die «Helsinki Deklaration» verabschiedet, welche sämtliche 57 Mitgliedsstaaten auffordert, sich auf höchster politischer Ebene zur vollen Umsetzung der OSZE-Verbindlichkeiten sowie zur Stärkung der Organisation zu verpflichten. Die Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung fand vom 15. bis 18. September in Ulaanbaatar statt. Die Tagung stand unter dem Thema «Die sicherheitspolitischen Herausforderungen in der OSZE-Region und darüber hinaus: Die Rolle der Parlamentarier in der Förderung der regionalen Zusammenarbeit». Ebenfalls erörtert wurde die aktuelle Flüchtlingskrise und das Potential der OSZE und ihrer Parlamentarier zur Linderung der Situation. Die Herbstkonferenz eröffnet den Mitgliedern der Versammlung die Möglichkeit, Fachexperten auf spezielle Themen, welche für die OSZE-Staaten von besonderem Interesse sind, anzusprechen.

Interparlamentarische Union (IPU)

Der liechtensteinischen Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU) gehörten Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller (Delegationsleiterin), der stellvertretende Abgeordnete Helmuth Büchel als ordentliches Mitglied sowie die Abgeordneten Wolfgang Marxer und Pio Schurti als stellvertretende Delegationsmitglieder an. Wie in den Vorjahren fanden im Berichtsjahr neben verschiedenen Sitzungen der diversen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die 132. IPU-Konferenz tagte vom 28. März bis zum 1. April in Hanoi/Vietnam, die 133. IPU-Konferenz fand vom 15. bis zum 21. Oktober in Genf statt. Aufgrund zeitlicher Überschneidung mit der Landtagssitzung konnte die Delegation an der ersten Sitzung in Hanoi nicht teilnehmen. An der 2. Sitzung in Genf war die liechtensteinische Delegation durch Violanda Lanter-Koller und Helmuth Büchel sowie Delegationssekretärin Gabriele Wachter vertreten. Hauptthemen dieser Sitzung waren die Flüchtlingskrise und Migration,

Kampf gegen den Terrorismus, Schutz des materiellen und immateriellen Weltkulturerbes, Klimawandel und das Jahresprogramm 2016 inkl. Budget.

Parlamentarier-Kommission Bodensee
Die Parlamentarier-Kommission Bodensee ist ein Forum mit der Aufgabe und dem Ziel, in einem zweimal jährlich durchgeführten Informations- und Meinungsaustausch grenzüberschreitende Probleme zu erörtern, gemeinsame Lösungen anzustreben und sich über ihre Mitglieder in den Parlamenten für deren Umsetzung einzusetzen. Dabei treffen sich jeweils Parlamentarier aus Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Appenzell, Schaffhausen, Thurgau, Zürich und Liechtenstein. Im Berichtsjahr vertraten Landtagspräsident Albert Frick (Delegationsleiter), die Abgeordneten Christoph Beck und Helen Konzett Bargetze und der stellvertretende Abgeordnete Peter Wachter den liechtensteinischen Landtag in diesem Gremium. Das Land Baden-Württemberg hatte im Berichtsjahr den Vorsitz inne. Die Frühjahrstagung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee (44. Sitzung) fand am 27. März 2015 auf der Insel Mainau in der Comturey unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten Wilfried Klenk statt. Den liechtensteinischen Landtag vertraten Präsident Albert Frick und die Abgeordneten Christoph Beck und Helen Konzett Bargetze. Schwerpunktthemen der Tagung waren dabei: INTERREG-V-Programm «Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein» und Verkehrslösungen im Raum Lindau-Bregenz-Schweiz; Im Zuge der 44. Sitzung verabschiedete die Parlamentarier-Konferenz eine Resolution zum INTERREG-V-Programm «Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein». Die Herbsttagung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee (45. Sitzung) fand am 23. Oktober 2015 in Meersburg im Neuen Schloss statt, wiederum unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten Wilfried Klenk. Der Landtag war durch Präsident Albert Frick und die Abgeordnete Helen Konzett Bargetze vertreten. Die folgenden Themen standen an der 45. Sitzung auf der Tagesordnung: Internationale Bodensee-Hochschule IBH und die geplanten Kompetenznetzwerke IBH-Labs; Einheitliche Funkfrequenzen für die Schifffahrt am Bodensee; Verschlüsselung des grenzüberschreitenden Empfangs im Bodenseeraum durch ORF und SRF; Fischereierträge am Bodensee; Verkehrslösungen im Raum Lindau-Bregenz-Schweiz; Die alljährliche Präsidentenkonferenz fand im Berichtsjahr am 26. Juni in Langenargen im Schloss Montfort statt. Landtagspräsident Albert Frick musste seine Teilnahme aufgrund von anderweitigen Terminen leider absagen. Diese Treffen dienen zum einen der Pflege von bestehenden und zum anderen dem Knüpfen von neuen Kontakten sowie dem Ausbau des Netzwerkes innerhalb der Bodenseeregion. Die Abg. Helen Konzett Bargetze vertrat den Landtag zudem in der Arbeitsgruppe Verkehr bezgl. der Thematik einer MAUT-Station. Der Kanton Zürich wird im Jahr 2016 den Vorsitz innehaben.

Parlamentsdienst

Die Aufgaben des Parlamentsdienstes sind in Art. 17 GOLT umrissen. Obwohl der Landtag als Institution bereits 1818 geschaffen wurde, nahm der Parlamentsdienst seinen Betrieb erst im Jahre 1990 auf. Heute besteht der Parlamentsdienst aus dem Landtagssekretär Josef Hilti, seinem Stellvertreter Philipp Pfeiffer, drei Vollzeitangestellten, einer Teilzeit-Mitarbeiterin und zwei Schreibkräften auf Teilzeitbasis. Der Landtagssekretär und sein Stellvertreter werden gemäss Art. 16, Abs. 2 GOLT vom Landtag bestellt. Der Parlamentsdienst zeichnet insbesondere verantwortlich für die Protokollierung der Landtagsdebatten, der Kommissions- und Delegationssitzungen sowie die Erstellung der Landtagsbeschlüsse. Zudem ist der Parlamentsdienst die offizielle Anlaufstelle des Landtags für andere Parlamente und internationale Organisationen. Der Arbeitsanfall ist seit Inbetriebnahme im Jahre 1990 insbesondere aufgrund der generell verstärkten Internationalisierung der Parlamentsarbeiten stark angewachsen. Der Parlamentsdienst verfügt derzeit zur Arbeits- und Aufgabenbewältigung inklusive den Schreibkräften über 6.40 Stellen. Die Landtagsbroschüren (in deutscher und englischer Sprache) sowie Broschüren zum Landtagsgebäude können kostenlos beim Parlamentsdienst angefordert werden. Interessierte haben zudem die Möglichkeit, weitere Informationen auf der Homepage des Landtags (www.landtag.li) einzusehen.

Überblick über die Landtagsbeschlüsse im Jahre 2015

Eröffnungssitzung vom 22. Januar 2015
- Thronrede S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
  S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein eröffnet die Landtagssession und richtet die Thronrede an die Landtagsabgeordneten.
- Ansprache des Alterspräsidenten
- Wahl des Landtagspräsidenten
  Abg. Albert Frick
- Wahl der Landtagsvizepräsidentin
  Abg. Violanda Lanter-Koller
- Wahl der Schriftführer
  Abg. Christoph Beck
  Abg. Johannes Kaiser
- Wahl der Aussenpolitischen Kommission
  Landtagspräsident Albert Frick, Vorsitz
  Abg. Alois Beck
  Abg. Thomas Lageder
  Abg. Karin Rüdisser Quaderer
  Abg. Pio Schurti
- Wahl der Finanzkommission
  Abg. Johannes Kaiser, Vorsitz
  Abg. Herbert Elkuch
  Stv. Abg. Patrick Risch
  Abg. Wendelin Lampert
  Abg. Thomas Vogt

- Wahl der Geschäftsprüfungskommission
  Abg. Wolfgang Marxer, Vorsitz
  Abg. Peter Büchel
  Stv. Abg. Rainer Gopp
  Abg. Erich Hasler
  Stv. Abg. Thomas Rehak

Öffentliche Landtagssitzung vom 4./5. März 2015

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 4./5. März 2015
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 5./6./7. November 2014
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der Eröffnungssitzung vom 22. Januar 2015
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfrage des Abg. Elfried Hasler:
  - Auswirkungen der Aufhebung des Euro-Mindestkurses
- Anfrage des Abg. Gerold Büchel:
  - Auftragsvergabe Jufa
- Anfrage der Abg. Christine Wohlwend:
  - Krebsregister
- Anfrage des Abg. Alois Beck:
  - Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Vorlagen bezüglich AHV und BPVG
  - in der Schweiz wohnhafte AHV-Bezüger
  - Handelsregisterauszüge
  - Quellensteuer für Schweizer Grenzgänger
- Anfragen des Abg. Christoph Wenaweser:
  - Geschwindigkeitskontrollen
  - Steueramnestie
- Anfragen der Abg. Judith Oehri:
  - MFK
  - Konventionen zum Schutz von Frauen, Kindern und zur Integration von Behinderten
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  - Auswirkungen von Freihandelsabkommen auf Liechtenstein
  - Online-Stellung der Steuererklärungsformulare
  - DBA und die Quellensteuer mit der Schweiz
- Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
  - Einfriedungen, Böschungen und Mauern, welche diverse Passagen des verabschiedeten Baugesetzes vom Jahr 2008 betreffen
- Anfragen der Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - Umgang mit Bewerbungen bei Liechtenstein Marketing
  - Strategische Umweltprüfung zur zusätzlichen Strassenverbindung Vaduz-Triesen
  - Abänderung der Asylverordnung
  - Aarhus-Konvention
- Anfragen des Abg. Herbert Elkuch:
  - Mindestertragsteuer
  - staatliche Pensionskasse
- Anfragen der Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller:
  - DBA-Verhandlungen mit der Schweiz
  - Trennung von Kirche und Staat
- Anfragen des Abg. Wolfgang Marxer:
  - Liegenschaften fair besteuern
  - LKW-Abfertigung am Zollamt Schaanwald-Tisis
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  - Revision des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge (BPVG)
- Anfragen des Abg. Erich Hasler:
  - Tarifkooperation mit dem Verkehrsverbund Vorarlberg
  - S-Bahn und Übernahme EWR-Recht
- Anfragen des Abg. Pio Schurti:
  - Teilzeitangestellte
  - IT-Sicherheit
  - Jufa-Hotel in Malbun
- Aktuelle Stunde: Braucht Liechtenstein eine S-Bahn?
  Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Interpellationsbeantwortung der Regierung betreffend Kindergartenpflicht fremdsprachiger Kinder (Nr. 11/2015)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellation zum liechtensteinischen Krankenversicherungsgesetz (KVG) der Abgeordneten Harry Quaderer, Pio Schurti, Erich Hasler und Herbert Elkuch vom 9. Februar 2015
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Wahl einer Präsidentin der Landessteuerkommission
  Als Präsidentin der Landessteuerkommission wird gewählt:
  lic. iur. HSG Martina Altmann, Gapetschstrasse 97, 9494 Schaan
- Wahl eines Vizepräsidenten der Landesgrundverkehrskommission
  Als Vizepräsident der Landesgrundverkehrskommission wird gewählt:
  M. A. HSG Marco Bühler, Im Gapetsch 27, 9494 Schaan
- Abänderung des Gesetzes über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Umsetzung der Richtlinie 2012/28/EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über bestimmte zulässige Formen der Nutzung verwaister Werke) (Nr. 88/2014); [1. Lesung: 7. November 2014]; 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung (Schwangerschaftskonflikt) (Nr. 111/2014); [1. Lesung: 5. Dezember 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 4/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag (LGBl. 2014 Nr. 325)
  Die Bereinigungen werden zur Kenntnis genommen.
- Abkommen vom 11. Juni 2014 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Regierung von Guernsey zur

Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Vermeidung der Steuerverkürzung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (Nr. 1/2015)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 179/2014 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 194/2014 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses vom 25. September 2014 (Nr. 7/2015)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 203/2014 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses vom 30. September 2014 (Nr. 8/2015)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Abänderung des Gesetzes über die Verkehrsfähigkeit von Waren (Nr. 6/2015); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Einbürgerungsgesuch
  Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch
  Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch
  Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch
  Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Abänderung des Gesetzes über bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (UCITSG) und des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FMAG) (Nr. 9/2015); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Totalrevision des Gesetzes betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 2/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Umsetzung der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates) (Nr. 5/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Finanzierungsmechanismus Uni Liechtenstein
  Die Ausführungen der Regierung werden zur Kenntnis genommen.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
  Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 1. April 2015
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 1. April 2015
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 3./4./5. Dezember 2014
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Einkaufstourismus
  - Mindestertragssteuer
  - Schweizer Grenzgänger
- Anfrage der Abg. Karin Rüdisser-Quaderer:
  - personelle Entwicklung beim SPD
- Anfragen der Abg. Judith Oehri:
  - Anwaltshonorare
  - Armutsbericht
  - Führungsmodell in der Landesverwaltung
- Anfragen der Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - Gemeinderatswahlen 2015 – Frauenanteil
  - Abänderung der Verordnung zur Energieeffizienz (EEV)
- Anfragen des Abg. Eugen Nägele:
  - Gerichtsgebühren und Geldstrafen
  - Nationaler Innovationspark
- Anfrage des Abg. Alois Beck:
  - Bürokratieabbau
- Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
  - Grüne Woche und Liechtensteiner Käse
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  - Sanktionierung fehlbarer Leistungserbringer im Gesundheitswesen
  - Revision des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge (BPVG)
- Anfrage des Abg. Christoph Wenaweser:
  - Sozialversicherungsprämien
- Anfrage des Abg. Christoph Beck:
  - Finanzierung der Kitaplätze durch die FAK
- Anfragen des Stv. Abg. Patrick Risch:
  - Mobilitätskonzept 2015
  - Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA)
  - nicht zonenkonforme Bauten
- Anfrage des Abg. Erich Hasler:
  - Liechtensteinische Gasversorgung
- Anfragen des Abg. Herbert Elkuch:
  - Berufs- und Bildungstage
  - Werbekampagne für die S-Bahn
- Anfrage des Abg. Gerold Büchel:
  - Zahlungssystem
- Anfragen des Abg. Pio Schurti:
  - MFK
  - Landesmuseum
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  - Regierungsunterlagen zum S-Bahn-Traktandum
- Aktuelle Stunde
  Die Aktuelle Stunde entfällt.
- Postulat zur Festigung der Zielerreichung der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 20. Februar 2015
  Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend Gewässerschutz (Nr. 12/2015)

Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Aufdeckung von Vergehen durch die im Rahmen der letzten Steueramnestie erhaltenen Daten (Nr. 13/2015)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Umweltschutzgesetzes (Nr. 116/2014); [1. Lesung: 5. Dezember 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 10/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Jahresbericht 2014 der Delegation für die EFTA/EWR-Parlamentarierkomitees
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2014 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU)
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2014 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2014 der Delegation bei der Parlamentarier-Kommission Bodensee
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2014 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2014 der Ombudsperson für Kinder und Jugendliche (OSKJ)
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Information der Regierung zur S-Bahn Liechtenstein
  Die Information der Regierung wird zur Kenntnis genommen.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
  Die Kleinen Anfragen werden per E-Mail beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 6./7./8. Mai 2015
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 6./7./8. Mai 2015
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 4./5. März 2015
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfragen der Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - Biberkonzept für Liechtenstein
  - Vernehmlassung zur Revision des Miet- und Pachtrechtsverwaltungsinterne Arbeitsgruppe nach dem Fall Hermann
- Anfrage des Abg. Elfried Hasler:
  - S-Bahn
- Anfragen der Abg. Judith Oehri:
  - Unterrichtsbeginn an den Schulen der Sekundarstufe
  - Rechtsanwaltshonorare
- Anfragen des Stv. Abg. Manfred Kaufmann:
  - Reputation von Liechtenstein
  - Projektreise von Aurelia Frick nach Peru
- Anfragen der Abg. Karin Rüdisser-Quaderer:
  - Schulbusverkehr
  - Auflösung der Stellenleitung für das Textile, Technische, Bildnerische Gestalten und Haushaltskunde
  - Swisslos
- Anfrage des Abg. Frank Konrad:
  - Sanierung Peter-Kaiser-Platz und Landtagsgebäude
- Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller:
  - Änderungskündigungen bei der Herbert Ospelt Anstalt
- Anfrage des Abg. Eugen Nägele:
  - Transport von Gefahrengütern durch Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  - Alpenrheinprojekt
- Anfrage des Abg. Wolfgang Marxer:
  - ökologische Landwirtschaft
- Anfrage des Stv. Abg. Thomas Rehak:
  - Wohnbaugenossenschaft Liechtenstein
- Anfragen des Abg. Erich Hasler:
  - AHV
  - FMA
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  - «Ärztemangel in Liechtenstein?»
  - Revision des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge
- Anfrage des Abg. Pio Schurti:
  - Wildtiermanagement
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Umfahrungsstrasse in Schaan
  - Flüchtlingsdrama auf dem Mittelmeer
  - Pensionskassenlösungen der angeschlossenen Betriebe
  - Schweizer Grenzgänger
  - Interpellation zum Tourismus
- Aktuelle Stunde: Corporate Governance – Theorie und Praxis
  Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Vorprüfung der parlamentarischen Initiative betreffend die Abänderung des Geldspielgesetzes (Nr. 30/2015)
  Die Initiative wird von den Initianten zurückgezogen.
- Motion zur Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft bei Einbürgerung der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 25. März 2015
  Die Motion wird an die Regierung überwiesen.
- Motion zur Verkürzung der Frist bei der Einbürgerung Alteingesessener der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 25. März 2015
  Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Interpellation zur Stiefkindadoption und zur Adoption der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 20. März 2015
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Interpellation betreffend Massnahmen gegen die Verbreitung von radikalem Gedankengut (Nr. 21/2015)

Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung zum Thema Früherfassung und Absenzen-Management bei Lehrpersonen an öffentlichen Schulen (Nr. 26/2015)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend den Tourismus (Nr. 31/2015)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Alpwirtschaft (Nr. 32/2015)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Wahl von zwei Ad-hoc-Richtern des Verwaltungsgerichtshofes
  Als Ad-hoc-Richter werden gewählt:
  - M.A. HSG Monika Büchel, Brüel 25, 9496 Balzers
  - lic.iur. Michael Jehle, Im Hasenacker 33, 9494 Schaan
- Wahl einer stellvertretenden Richterin des Kriminalgerichtes
  Als stellvertretende Richterin wird gewählt:
  - Rita Hasler-Oehri, Rotengasse 49, 9491 Ruggell
- Bewilligung von Nachtragskrediten (I/2015) (Nr. 17/2015)
  Die Nachtragskredite werden bewilligt.
- 20 Jahre Mitgliedschaft des Fürstentums Liechtenstein im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) (Nr. 18/2015)
  Der BuA wird zur Kenntnis genommen.
- Bericht über die Justizpflege der Gerichte 2014 (Nr. 20/2015)
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2014 der Liechtensteinischen Gasversorgung (Nr. 15/2015)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
- Geschäfts- und Finanzbericht 2014 der Liechtensteinischen Post AG (Nr. 22/2015)
  Der Geschäfts- und Finanzbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2014 der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) (Nr. 23/2015)
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2014 des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF) (Nr. 29/2015)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
- Tätigkeitsbericht 2014 der Datenschutzstelle
  Der Tätigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Staatspersonalgesetzes (StPG) und weiterer Gesetze (Nr. 87/2014); [1. Lesung: 7. November 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr 25/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung eines Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden (Gemeinde-Finanzhaushaltsgesetz; GFHG) (Nr. 103/2014); [1. Lesung: 5. Dezember 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 16/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Umsetzung der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates) (Nr. 5/2015); [1. Lesung: 5. März 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 28/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- WTO-Abkommen vom 27. November 2014 über Handelserleichterungen (Nr. 19/2015)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Abänderung des Zustellgesetzes sowie weiterer Gesetze (Amtsblatt) (Nr. 14/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung (KVG) und weiterer Gesetze (Nr. 24/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
  Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 10./11./12. Juni 2015
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 10./11./12. Juni 2015
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 1. April 2015
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Existenzminimum
  - Pensionskassenlösungen der angeschlossenen Betriebe
  - Lohnnebenkosten
  - Seigniorage-Gewinne der Schweizerischen Nationalbank
- Anfrage der Abg. Christine Wohlwend:
  - Rechtsstreit zur Richtplanung der Gemeinde Planken
- Anfragen des Abg. Christoph Wenaweser:
  - nachrichtenlose Freizügigkeitsguthaben
  - Steuererklärungen juristischer Personen
- Anfragen der Abg. Judith Oehri:
  - Koppelung von Leistungen der AHV an die Mindestrente
  - arbeitslose junge Erwachsene
  - Stabsstelle Chancengleichheit
- Anfragen der Abg. Helen Konzett Bargetze:

  - Boni bei öffentlich-rechtlichen staatsnahen Betrieben
  - Angebot Hausaufgabenhilfe in den öffentlichen Schulen
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  - Vernehmlassungsfristen der Regierung
- Anfrage des Abg. Eugen Nägele:
  - Stromabrechnung der LKW
- Anfrage des Abg. Alois Beck:
  - Leistungsanalyse in der Landesverwaltung
- Anfragen des Abg. Wolfgang Marxer:
  - Stadttunnel-Petition
  - LKW-Nachtfahrverbot
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  - Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein
- Anfragen des Abg. Pio Schurti:
  - Rodungen in Planken
  - Amt für Umwelt
  - Pensionskasse
  - Arbeitsmarktservice AMS
- Aktuelle Stunde
  Die Aktuelle Stunde entfällt.
- Petition bez. Schaffung einer unabhängigen Institution für Menschenrechte, überreicht von verschiedenen liechtensteinischen Organisationen am 18. Mai 2015
  Die Petition wird an die Regierung überwiesen.
- Parlamentarische Initiative zur Mindestertragssteuer (Nr. 50/2015) der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 20. April 2015
  Auf die Initiative wird nicht eingetreten, sie wird abgelehnt.
- Motion zur Anpassung der Mandatsverteilung bei Gemeinderatswahlen der Abgeordneten Christian Batliner, Manfred Batliner, Alois Beck, Gerold Büchel, Albert Frick, Elfried Hasler, Johannes Kaiser, Wendelin Lampert, Eugen Nägele und Christine Wohlwend vom 27. April 2015
  Die Motion wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellation zu den Liechtensteinischen Kraftwerken der Abgeordneten Herbert Elkuch, Erich Hasler, Harry Quaderer und Pio Schurti vom 13. April 2015
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellation zur steuerlichen Absetzbarkeit von Beiträgen an anerkannte Pensionskassen, Pensionsfonds und ähnliche Einrichtungen der beruflichen Vorsorge der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 27. April 2015
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Postulatsbeantwortung betreffend die Überprüfung der Abschaffung bzw. Lockerung der Prüfungs- bzw. Reviewpflicht für Klein- und Kleinstunternehmen (Nr. 51/2015)
  Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Postulatsbeantwortung betreffend die Sicherung der Progression bei der Einkommens- und Vermögenssteuer (Nr. 52/2015)
  Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Familienpolitik (Nr. 27/2015)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend das liechtensteinische Krankenversicherungsgesetz (KVG) (Nr. 46/2015)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Jahr 2016 (Nr. 57/2015)
  Der Staatsbeitrag für das Jahr 2016 wird auf CHF 33 Mio. festgelegt.
- Bewilligung von Nachtragskrediten (II/2015) (Nr. 42/2015)
  Die Nachtragskredite werden bewilligt.
- Gewährung eines Staatsbeitrages an den Historischen Verein für das Fürstentum Liechtenstein für die Fortführung des liechtensteinischen Urkundenbuchs in den Jahren 2016 bis 2022 (Nr. 45/2015)
  Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Genehmigung eines Ergänzungskredites und eines Nachtragskredites für die Teilnahme am Siebten Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, Technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (Nr. 49/2015)
  Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Bericht von Landtag, Regierung und Gerichten 2014 (Rechenschaftsbericht) (Nr. 33/2015)
  Der Rechenschaftsbericht und die Landesrechnung werden genehmigt, und der Übertragung des Jahresergebnisses in die Eigenmittel wird zugestimmt.
- Bericht der Finanzkontrolle über die Prüfung der Landesrechnung 2014
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Tätigkeitsbericht 2014 der Finanzkontrolle
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2014 der Liechtensteinischen AHV-IV-FAK-Anstalten (Nr. 34/2015)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
- Geschäfts- und Revisionsbericht 2014 des Liechtensteinischen Landesspitals (Nr. 35/2015)
  Der Geschäfts- und Revisionsbericht werden zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2014 der Telecom Liechtenstein AG (Nr. 36/2015)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht 2014 (Jahresbericht und Jahresrechnung) der Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein (Nr. 38/2015)
  Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht 2014 der Liechtensteinischen Lan-

desbank AG (Nr. 44/2015)
Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht 2014 des Verkehrsbetriebs LIECHTENSTEINmobil (Nr. 39/2015)
  Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Verkehrsdienstebericht 2016 – 2018 (Nr. 61/2015)
  Dem Verkehrsdienstebericht 2016 – 2018 sowie dem Finanzbeschluss gemäss BuA Nr. 61/2015 wird zugestimmt.
- Abänderung des Gesetzes über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (Steueramtshilfegesetz, SteAHG) sowie die Abänderung des Gesetzes über die Amtshilfe in Steuersachen mit den Vereinigten Staaten von Amerika (Steueramtshilfegesetz-USA, AHG-USA) (Nr. 54/2014); [1. Lesung: 6. Juni 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 58/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Totalrevision des Gesetzes betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 2/2015); [1. Lesung: 5. März 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 55/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Waldgesetzes und Abänderung des Beschwerdekommissionsgesetzes (Nr. 115/2014); [1. Lesung: 5. Dezember 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 40/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beschluss Nr. 29/2015 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Übernahme der Richtlinie 2012/28/EU über bestimmte zulässige Formen der Nutzung verwaister Werke) (Nr. 47/2015)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag (LGBl. 2015 Nr. 120)
  Die Bereinigung wird zur Kenntnis genommen.
- Abkommen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung der Italienischen Republik über den Informationsaustausch in Steuersachen (Nr. 53/2015)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Übereinkommen des Europarats vom 25. Oktober 2007 zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (Nr. 56/2015)
  Dem Übereinkommen wird zugestimmt und die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung behandelt und verabschiedet.
- Einbürgerungsgesuch von Tsathora Tenzin Kusang und Tsathora Tenzin Namgyal, Gaschlieser 23, 9496 Balzers
  Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Abänderung des Gesetzes über die Verwalter alternativer Investmentfonds, des Finanzmarktaufsichtsgesetzes und des Gesetzes über bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (Nr. 43/2015); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Finanzkonglomeratsgesetzes, des Bankengesetzes sowie des Gesetzes über die Verwalter alternativer Investmentfonds (Nr. 54/2015); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Konsumentenschutzgesetzes, die Abänderung des E-Commerce-Gesetzes, die Abänderung des Fern-Finanzdienstleistungs-Gesetzes sowie die Schaffung eines Gesetzes über Fernabsatz- und ausserhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge (Fern- und Auswärtsgeschäfte-Gesetz; FAGG) (Umsetzung der Richtlinie 2011/83/EU über die Rechte der Verbraucher) (Nr. 37/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Markenschutzgesetzes sowie die Abänderung des Patentanwaltsgesetzes (Nr. 48/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Grundverkehrsgesetzes (GVG), des Beschwerdekommissionsgesetzes, des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) sowie des Steuergesetzes (SteG) (Nr. 59/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Organismengesetzes (Nr. 41/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
  Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 2./3./4. September 2015

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 2./3./4. September 2015
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 6./7./8. Mai 2015
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 10./11./12. Juni 2015
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
  - neue Mitarbeiter bei der Regierung
- Anfragen der Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - Durchlässigkeit auf der Sekundarstufe I
  - Flüchtlinge
- Anfrage der Abg. Judith Oehri:
  - 300-Jahr-Feier
- Anfragen des Abg. Erich Hasler:
  - EU-Kohäsionsfonds
  - Hinterlegungspflicht von Jahresrechnungen
  - Sanierung der Essanestrasse
  - Strassenbauprojekt in Eschen
- Anfrage des Abg. Frank Konrad:

  - brennbares Material unter Brücken
- Anfrage des Abg. Alois Beck:
  - Entwicklung des liechtensteinischen Gesellschaftswesens
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  - Trennung von Staat und Kirche
  - S-Bahn
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Solidarität der Bevölkerung mit Flüchtlingen
  - Sparpläne der angeschlossenen Arbeitgeber
- Anfrage des Abg. Wolfgang Marxer:
  - Finanzierungsfrage für die S-Bahn
- Anfrage der Abg. Christine Wohlwend:
  - Feldaufnahmen im Gebiet Samina- und Valorschtal
- Anfrage des Abg. Eugen Nägele:
  - Jahrhundertsommer und Wasserversorgung in Liechtenstein
- Anfragen des Abg. Herbert Elkuch:
  - Eisenbahnkonzession
  - Electranten
- Anfragen des Abg. Pio Schurti:
  - Agrarbericht
  - Rodungen in Planken
- Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller:
  - Trägerschaft der Fachhochschule Ostschweiz
- Aktuelle Stunde: Eurolöhne in Liechtenstein
  Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Postulatsbeantwortung betreffend die Überprüfung der Subventionen und Transferleistungen an Private (Nr. 77/2015)
  Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Motion zur Einführung des Stimm- und aktiven Wahlrechts Liechtensteiner Staatsangehöriger im Ausland der Abgeordneten Christoph Beck, Peter Büchel, Frank Konrad, Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder, Violanda Lanter-Koller, Wolfgang Marxer, Judith Oehri, Karin Rüdisser-Quaderer, Thomas Vogt und Christoph Wenaweser vom 28. Mai 2015
  Die Motion wird an die Regierung überwiesen.
- Motion zur Abschaffung des Grundmandatserfordernisses bei Gemeinderatswahlen der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 2. August 2015
  Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Interpellation zu den Lohnnebenkosten in Liechtenstein im Vergleich mit den umliegenden Ländern Schweiz, Österreich und Deutschland der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 3. August 2015
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend den Staatsvertrag für den ökologischen Zustand des Alpenrheins (Nr. 60/2015)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Wahl eines Richters des Verwaltungsgerichtshofes
  Als Richter des Verwaltungsgerichtshofes wird gewählt:
  - lic.iur. et oec. Andreas Batliner, Rechtsanwalt, Landstrasse 35, 9490 Vaduz
- Wahl eines Ersatzrichters des Verwaltungsgerichtshofes
  Als Ersatzrichter des Verwaltungsgerichtshofes wird gewählt:
  - lic.iur. HSG Christoph Büchel, LL.M., Rechtsanwalt, Lova-Center, 9490 Vaduz
- Wahl eines Richters des Staatsgerichtshofes
  Als Richter des Staatsgerichtshofes wird gewählt:
  - lic.iur. Marzell Beck, Rechtsanwalt, Städtle 36, 9490 Vaduz
- Wahl eines Ersatzrichters des Staatsgerichtshofes
  Als Ersatzrichter des Staatsgerichtshofes wird gewählt:
  - lic.iur. Markus Wille, Rechtsanwalt, Am Schrägen Weg 2, 9490 Vaduz
- Wahl eines Landrichters
  Als Landrichter wird gewählt:
  - lic.iur. Anton Eberle, Staatsanwalt, Bodastrasse 41, 9497 Triesenberg
- Wahl eines Landrichters
  Der in Vorschlag gebrachte Kandidat Dr. Wilhelm Ungerank, LL.M., Beisitzer des Obergerichts, Badäl 225, 9487 Gamprin, wird als Landrichter nicht gewählt.
- Bewilligung von Nachtragskrediten (III/2015) (Nr. 64/2015)
  Der Nachtragskredit wird bewilligt.
- Gewährung eines Staatsbeitrages an das Liechtenstein-Institut für die Jahre 2016 bis 2019 (Nr. 65/2015)
  Dem Finanzbeschluss über die Gewährung eines Staatsbeitrages wird zugestimmt.
- Geschäftsbericht der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL) für das Jahr 2014 (Nr. 62/2015)
  Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Zustellgesetzes sowie weiterer Gesetze (Amtsblatt) (Nr. 14/2015); [1. Lesung: 8. Mai 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 63/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Konsumentenschutzgesetzes, die Abänderung des E-Commerce-Gesetzes, die Abänderung des Fern-Finanzdienstleistungs-Gesetzes sowie die Schaffung eines Gesetzes über Fernabsatz- und ausserhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge (Fern- und Auswärtsgeschäfte-Gesetz; FAGG) (Umsetzung der Richtlinie 2011/83/EU über die Rechte der Verbraucher) (Nr. 37/2015); [1. Lesung: 12. Juni 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 68/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Markenschutzgesetzes sowie die Abänderung des Patentanwaltsgesetzes (Nr. 48/2015); [1. Lesung: 12. Juni 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 69/2015); 2. Lesung

Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

- Beschluss Nr. 117/2015 des gemeinsamen EWR-Ausschusses vom 30. April 2015 (Richtlinie 2014/52/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Änderung der Richtlinie 2011/92/EU über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten) (Nr. 70/2015)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 115/2015 des gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung (EG) Nr. 181/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004) (Nr. 71/2015)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Europäisches Übereinkommen über die Computerkriminalität (Cyber Crime Convention) vom 23. November 2001 (Nr. 76/2015)
  Dem Übereinkommen wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch
  Dem Einbürgerungsgesuch von Werner-Christian Becker, Bergstrasse 41, 9491 Ruggell, wird zugestimmt.
- Gesetz über den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz) sowie die Abänderung des Steuergesetzes (STEG) und die Abänderung des Mehrwertsteuergesetzes (MwStG) (Nr. 73/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 74/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (Steueramtshilfegesetz; SteAHG) sowie betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Amtshilfe in Steuersachen mit den Vereinigten Staaten von Amerika (Steueramtshilfegesetz-USA; AHG-USA) im Bereich Gruppenanfragen (Nr. 72/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die Stabsstelle Financial Intelligence Unit (FIUG) sowie weiterer Gesetze (Nr. 75/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Strafgesetzbuches und des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes (Nr. 66/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Rechtshilfegesetzes (Nr. 67/2015); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Revision des Gesetzes über den Liechtensteinischen Rundfunk (Abänderung des Gesetzes über den Liechtensteinischen Rundfunk und des Mediengesetzes) (Nr. 79/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Landwirtschaftsgesetzes (Nr. 78/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Information der Regierung zur Flüchtlingssituation
  Die Ausführungen der Regierung werden zur Kenntnis genommen.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
  Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 30. September/1./2. Oktober 2015

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 30. September und 1./2. Oktober 2015
- Anfrage des Abg. Christian Batliner:
  - Urteile des Verwaltungsgerichtshofes zu Personalmassnahmen der Regierung
- Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  - Datenschutz in Liechtenstein
  - Radarfallen
- Anfrage der Abg. Judith Oehri:
  - Schulentwicklung
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  - ausserschulische Tagesstrukturen
- Anfragen der Abg. Karin Rüdisser-Quaderer:
  - Mutterschaftsgeld
  - Beschulung von Flüchtlingskindern
  - Inspektorat zum Religionsunterricht
- Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller:
  - Architekturstudium an der Fachhochschule St. Gallen
- Anfrage des Stv. Abg. Andreas Heeb:
  - Bewässerung von Kulturland
- Anfrage des Abg. Elfried Hasler:
  - gemeinnützige steuerbefreite juristische Personen und Vermögenswidmungen
- Anfragen des Abg. Erich Hasler:
  - Datenstandort Liechtenstein
  - Vorratsdatenspeicherung
  - Eisenpfosten am Strassenrand
  - Flüchtlingshilfe
- Anfragen des Abg. Pio Schurti:
  - Zivilschutzgruppen
  - Stimmungsbild abholen betreffend Rheinaufweitungen
- Aktuelle Stunde: Flüchtlingskrise in Europa und was Liechtenstein tun soll
  Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Postulat für eine Geschlechterquote in Führungspositionen der Landesverwaltung und in Kommissionen, Stiftungsräten und Verwaltungsräten von staatlichen und staatsnahen Betrieben der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 19. August 2015
  Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Interpellation zur Verteilungsgerechtigkeit von Vermögen und Einkommen der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 24. August 2015

Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Motion zur Stärkung der Oberaufsicht der Regierung über öffentliche Unternehmen der Abgeordneten Christian Batliner, Manfred Batliner, Alois Beck, Elfried Hasler, Wendelin Lampert, Eugen Nägele und Christine Wohlwend vom 31. August 2015
  Die Motion wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Stiefkindadoption und die Adoption (Nr. 92/2015)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Liechtensteinischen Kraftwerke (Nr. 93/2015)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Motion zur Vereinheitlichung der Anlaufstellen und der Bemessungsgrundlagen im Sozialbereich der Abgeordneten Christian Batliner, Manfred Batliner, Alois Beck, Gerold Büchel, Albert Frick, Elfried Hasler, Johannes Kaiser, Wendelin Lampert, Eugen Nägele und Christine Wohlwend vom 3. September 2015
  Die Motion wird an die Regierung überwiesen.
- Wahl eines Landrichters
  Als Landrichter wird gewählt:
  - lic.iur. Willi Büchel, Gamslafina 24, 9496 Balzers
- Ausrichtung einer Subvention für den Neubau des LAK-Pflegeheimes Haus St. Peter und Paul in Mauren (Nr. 87/2015)
  Der Subventionsantrag wird genehmigt.
- Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung (KVG) und weiterer Gesetze (Nr. 24/2015); [1. Lesung: 8. Mai 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 91/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Organismengesetzes (Nr. 41/2015); [1. Lesung: 12. Juni 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 88/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abkommen vom 25. September 2014 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Tschechischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (Nr. 80/2015)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Abkommen vom 29. Juni 2015 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und Ungarn zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (Nr. 81/2015)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Abkommen vom 15. Mai 2015 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Republik Georgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (Nr. 82/2015)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 166/2015 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2014/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen) (Nr. 84/2015)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Schaffung des Investmentunternehmensgesetzes (IUG), die Abänderung des AIFMG, des FMAG und anderer Gesetze (Nr. 89/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Ausweitung der Rechtshilfe in fiskalischen Strafsachen durch die Abänderung des Rechtshilfegesetzes (Nr. 90/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren und des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 85/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Treuhändergesetzes (Nr. 83/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesundheitsgesetzes und weiterer Gesetze (Nr. 86/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung, des Steuergesetzes, des Gesetzes vom 22. Oktober 1992 gegen den unlauteren Wettbewerb, des Rechtshilfegesetzes und weiterer Gesetze (Revision des Korruptionsstrafrechts und der vermögensrechtlichen Anordnungen) (Nr. 94/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Baugesetzes (Nr. 95/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
  Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 4./5./6. November 2015

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 4./5./6. November 2015
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 2./3./4. September 2015
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfragen des Abg. Erich Hasler:
  - Mehrwertsteuer-Verteilschlüssel zwischen der Schweiz und Liechtenstein
  - Kontrolluntersuchungen der über 70-jährigen Autofahrer
- Anfragen der Abg. Judith Oehri:
  - Ertragssteuer
  - Bürokratieabbau
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Alpenkonvention
  - Besteuerten nach dem Aufwand
  - drei Regierungsmitglieder in Wien

- Anfragen der Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - Leitfaden im Zusammenhang mit Flüchtlingen
  - neue Zollfreilager und Depots für Kulturgüter in Liechtenstein
  - Länderbericht Liechtensteins zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau
  - drohenden Schliessung der Zollstellen St. Gallen, Romanshorn und Buchs
- Anfrage des Abg. Elfried Hasler:
  - Asyl auf Zeit
- Anfragen des Abg. Alois Beck:
  - Beschleunigung des Asylverfahrens
  - Steueraufkommen
- Anfrage des Abg. Eugen Nägele:
  - Internationalen Jahr des Bodens
- Anfrage des Abg. Wolfgang Marxer:
  - Projekt Liegenschaften fair besteuern
- Anfrage des Stv. Abg. Thomas Rehak:
  - Statik von spezifischen öffentlichen Bauten
- Anfragen des Stv. Abg. Rainer Gopp:
  - Stadttunnel Feldkirch
  - Standortstrategie
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  - KVG-Volksabstimmung
  - Steuerentlastung von Ärzteeinkommen in einer Aktiengesellschaft
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  - Trennung Kirche und Staat
- Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller:
  - Sollertrag gemäss Finanzgesetz
- Anfrage des Abg. Herbert Elkuch:
  - Deckungsgradverschlechterung der Personalvorsorge für Staatsangestellte und angeschlossene Betriebe
- Anfrage des Abg. Pio Schurti:
  - Aufteilung der Stellenprozente im Amt für Umwelt
- Aktuelle Stunde
  Die Aktuelle Stunde entfällt.
- Bewilligung von Nachtragskrediten (IV/2015) (Nr. 105/2015)
  Die Nachtragskredite werden bewilligt.
- Finanzbeschluss über die Genehmigung eines Nachtragskredites zur Sanierung der Liechtensteinischen Post AG (Nr. 113/2015)
  Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Wahl eines Ad-hoc-Richters des Landgerichts für das Verfahren 04 CG.2007.101
  Als Ad-hoc-Richter des Landgerichts wird gewählt:
  - Dr. Josef Fussenegger, Steinstrasse 16a, A-6845 Hohenems
- Wahl eines Ad-hoc-Richters des Staatsgerichtshofes für die Verfahren StGH 2013/109 und StGH 2014/67
  Als Ad-hoc-Richter des Staatsgerichtshofes wird gewählt:
  - M.A. HSG Thomas Nigg, Rechtsanwalt, Wuhrstrasse 6, 9490 Vaduz
- Wahl eines Ad-hoc-Richters des Staatsgerichtshofes für das Verfahren StGH 2014/138
  Als Ad-hoc-Richter des Staatsgerichtshofes wird gewählt:
  - Dr. Alexander Ospelt LL.M., Rechtsanwalt, Landstrasse 99, 9494 Schaan
- Wahl des Landgerichtspräsidenten
  Als Landgerichtspräsident wird gewählt:
  - lic.iur. Willi Büchel, Gamslafina 24, 9496 Balzers
- Mittelfristige Planung staatlicher Hochbauten und Anlagen (Hochbautenbericht 2016) (Nr. 101/2015)
  Der Hochbautenbericht 2016 wird zur Kenntnis genommen.
- Bau und Sanierung der Verkehrsinfrastruktur in Liechtenstein für das Jahr 2016 (Verkehrsinfrastrukturbericht 2016) (Nr. 115/2015)
  Der Verkehrsinfrastrukturbericht 2016 wird zur Kenntnis genommen.
- Finanzplanung 2016 – 2019 (Nr. 104/2015)
  Der Bericht zur Finanzplanung 2016 – 2019 wird zur Kenntnis genommen.
- Landesvoranschlag und Finanzgesetz für das Jahr 2016 (Nr. 96/2015)
  Der Landesvoranschlag für das Jahr 2016 inkl. Nachträgen wird genehmigt, dem Antrag der Regierung wird zugestimmt. Das Finanzgesetz wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet sowie für dringlich erklärt.
- Abänderung des Grundverkehrsgesetzes, des Beschwerdekommissionsgesetzes, des Personen- und Gesellschaftsrechts sowie des Steuergesetzes (Nr. 59/2015); [1. Lesung: 12. Juni 2015] - Stellungnahme der Regierung (Nr. 100/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Gesetz über den Automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz) sowie die Abänderung des Steuergesetzes (SteG) und die Abänderung des Mehrwertsteuergesetzes (MwStG) (Nr. 73/2015) [1. Lesung: 3. September 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 97/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 74/2015); [1. Lesung: 3. September 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 98/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (Steueramtshilfegesetz; SteAHG) sowie betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Amtshilfe in Steuersachen mit den Vereinigten Staaten von Amerika (Steueramtshilfegesetz-USA; AHG-USA) im Bereich Gruppenfragen (Nr. 72/2015) [1. Lesung: 3. September 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 106/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

- Ausweitung der Rechtshilfe in fiskalischen Strafsachen durch die Abänderung des Rechtshilfegesetzes (Nr. 90/2015); [1. Lesung: 2. Oktober 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 118/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Vereinbarung zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Europäischen Union zur Festlegung der Modalitäten seiner Beteiligung am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (European Asylum Support Office) (Nr. 99/2015)
  Der Vereinbarung wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 191/2015 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2008/99/EG über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt) (Nr. 102/2015)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 195/2015 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2012/19/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über Elektro- und Elektronik-Altgeräte) (Nr. 103/2015)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit in Anlage 2 zu Anhang K zum Übereinkommen vom 4. Januar 1960 zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation (Nr. 107/2015)
  Der Übernahme der Verordnung wird zugestimmt.
- Änderungsprotokoll zum Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über Regelungen, die den in der Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen festgelegten Regelungen gleichwertig sind, und die Aufhebung des Zinsbesteuerungsgesetzes (Nr. 117/2015); 1. und 2. Lesung
  Dem Änderungsprotokoll wird zugestimmt. Die Gesetzesvorlagen wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- KLimastrategie der Regierung (Nr. 116/2015)
  Die Klimastrategie wird zur Kenntnis genommen.
- Einbürgerungsgesuch
  Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Abänderung der Verfassung und des Volksrechtegesetzes zur Einführung des Stimmrechts und des aktiven Wahlrechts Liechtensteiner Staatsangehöriger im Ausland (Nr. 110/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Richterdienstgesetzes und des Gerichtsorganisationsgesetzes (Vornahme struktureller Anpassungen bei den ordentlichen Gerichten) (Nr. 111/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Reform des Verfahrenshilferechts (Teil 1: Juristische Personen; Tarif in Verfahrenshilfesachen) (Nr. 112/2015); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Strafgesetzbuches (Erweiterung des Vortatenkatalogs von §165 des Strafgesetzbuches um schwere Steuerdelikte) (Nr. 114/2015); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Bestellung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) betreffend die Liechtensteinische Post AG
  Es wird eine PUK mit folgenden Mitgliedern bestellt:
  - Abg. Erich Hasler (Vorsitz)- Abg. Helen Konzett Bargetze- Abg. Pio Schurti- Stv. Abg. Norman Marxer- Stv. Abg. Manfred Kaufmann
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
  Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 2./3./4. Dezember 2015

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 2./3./4. Dezember 2015
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 30. September und 1./2. Oktober 2015
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - 27.5% bezahlen keine direkten Steuern
  - Empowerment von Frauen
- Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller:
  - Pflegeversicherung
- Anfragen der Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - CO_2-freien Finanzanlagen des Landes Liechtenstein als Ziel
  - Lohnungleichheit in der Landesverwaltung und in den angeschlossenen Betrieben
  - steuerlichen Vorteilen in offenen Zolllagern in Liechtenstein
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  - Bezug von Bilanzen von Aktiengesellschaften aus dem Handelsregister
  - Antworten zur KVG-Volksabstimmung
- Anfrage des Abg. Manfred Batliner:
  - IT-Zusammenarbeit Land und Gemeinden
- Anfrage des Abg. Erich Hasler:
  - Entwicklungshilfe und zu den Investitionen in den globalen Schutz in Entwicklungsländern
- Anfragen des Abg. Pio Schurti:
  - Organhaftpflichversicherung
  - Agrarbericht
- Aktuelle Stunde (entfällt)
  Die Aktuelle Stunde entfällt.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Lohnnebenkosten in Liechtenstein im Vergleich mit den umliegenden Ländern Schweiz, Österreich und Deutschland (Nr. 136/2015)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellation zum Schulbeginn am Morgen an den

Weiterführenden Schulen der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 2. November 2015
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen

- Motion zur zeitgemässen Ausgestaltung der Kündigungsbestimmungen der Staatsangestellten der Abgeordneten Christian Batliner, Manfred Batliner, Alois Beck, Christoph Beck, Gerold Büchel, Peter Büchel, Herbert Elkuch, Albert Frick, Elfried Hasler, Erich Hasler, Frank Konrad, Violanda Lanter-Koller, Eugen Nägele, Judith Oehri, Harry Quaderer, Karin Rüdisser-Quaderer, Pio Schurti, Thomas Vogt, Christoph Wenaweser und Christine Wohlwend vom 4. November 2015
  Die Motion wird an die Regierung überwiesen.
- Wahl eines Präsidenten und eines Mitgliedes der Medienkommission für die restliche Mandatsperiode bis 2018
  Als Präsident und Mitglied der Medienkommission werden bestellt:
  - Präsident: Peter Kindle, St. Wolfgangstrasse 15A, 9495 Triesen
  - Mitglied: Markus Meier, Eibenweg 5, 9490 Vaduz
- Wahl zweier Ersatzrichter des Obersten Gerichtshofes
  Als Ersatzrichter des Obersten Gerichtshofes werden bestellt:
  - Dr. Kuno Frick, Taleze 13, 9496 Balzers
  - lic.iur. Rolf Sele, Rheinau 7, 9495 Triesen
- Wahl eines Stellvertreters für den Landgerichtspräsidenten
  Als Stellvertreter des Landgerichtspräsidenten wird bestellt:
  - Mag. Konrad Lanser, Riedgasse 19a, A-6850 Dornbirn
- Wahl eines Beisitzers des Obergerichtes
  Als Beisitzer des Obergerichtes wird bestellt:
  - Dr. Dietmar Baur, Duxgasse 55, 9494 Schaan
- Gewährung eines Staatsbeitrages an die Universität Liechtenstein für die Jahre 2017 bis 2019 (Nr. 129/2015)
  Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Gewährung eines Darlehens für den Neubau des Ostschweizer Kinderspitals (OKS) (Nr. 131/2015)
  Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Beteiligung des Fürstentums Liechtenstein am Fonds für innere Sicherheit für Aussengrenzen und Visa im Rahmen der Schengen Mitgliedschaft (Nr. 138/2015)
  Dem Notenaustausch, dem Abkommen, der Schaffung einer auf fünf Jahre befristeten Stelle sowie dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Liste über den Stand der Bearbeitung der parlamentarischen Eingänge
  Die Liste wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Gesetzes über die Stabsstelle Financial Intelligence Unit (FIUG) sowie weiterer Gesetze (Nr. 75/2015); [1. Lesung: 3. September 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 127/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung des Investmentunternehmensgesetzes (IUG), die Abänderung des AIFMG, des FMAG und anderer Gesetze (Nr. 89/2015); [1. Lesung: 2. Oktober 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 121/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren und des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 85/2015); [1. Lesung: 2. Oktober 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 120/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Strafgesetzbuches und des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes (Nr. 66/2015); [1. Lesung: 3. September 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 132/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Revision des Gesetzes über den Liechtensteinischen Rundfunk (Abänderung des Gesetzes über den Liechtensteinischen Rundfunk und des Mediengesetzes) (Nr. 79/2015); [1. Lesung: 4. September 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 135/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Landwirtschaftsgesetzes (Nr. 78/2015); [1. Lesung: 4. September 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 124/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesundheitsgesetzes und weiterer Gesetze (Nr. 86/2015); [1. Lesung: 2. Oktober 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 122/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Richterdienstgesetzes und des Gerichtsorganisationsgesetzes (Vornahme struktureller Anpassungen bei den ordentlichen Gerichten) (Nr. 111/2015); [1. Lesung: 6. November 2015] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 139/2015); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beschluss Nr. 229/2015 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses vom 25. September 2015 (Nr. 125/2015)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Übereinkommen des Europarates vom 16. Mai 2005 zur Bekämpfung des Menschenhandels (Nr. 130/2015)
  Dem Übereinkommen wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch
  Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch
  Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch

Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch
  Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch
  Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch
  Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps (EWR-Leerverkaufsverordnung-Durchführungsgesetz; EWR-LVDG) (Nr. 119/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die Offenlegung von Informationen betreffend die Emittenten von Wertpapieren (Nr. 126/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (EMIR-Durchführungsgesetz; EMIR-DG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 128/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Neuregelung des an die AHV ausgerichteten Staatsbeitrages sowie Massnahmen zur langfristigen finanziellen Sicherung der AHV (Nr. 108/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Bauwesen-Berufe-Gesetzes und die Abänderung des Beschwerdekommissionsgesetzes (Nr. 123/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge sowie des Gesetzes über die Invalidenversicherung (Nr. 109/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des 25. Hauptstücks des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches und die Totalrevision des Verfahrens in Bestandstreitigkeiten (Nr. 133/2015); 1. Lesung
  Dieses Traktandum wird abgesetzt.
- Abänderung des Gesetzes über die Freizügigkeit für EWR- und Schweizer Staatsangehörige (Personenfreizügigkeitsgesetz; PFZG) (Nr. 134/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Geldspielgesetzes (GSG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 137/2015); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Wahl des Landesausschusses
  Der Landesausschuss wird wie folgt gewählt:
  - Landtagspräsident Albert Frick (von Amtes wegen)
  - Abg. Herbert Elkuch- Abg. Wolfgang Marxer
  - Abg. Christoph Wenaweser
  - Abg. Christine Wohlwend
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
  Die Kleinen Anfragen werden beantwortet

Finanzkontrolle

Leiterin: Cornelia Lang

Die unabhängige Finanzkontrolle, welche den Landtag und die Regierung in ihren Aufsichtsfunktionen unterstützt, ist zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushalts. Hauptbereiche der Tätigkeit der Finanzkontrolle sind die Prüfung der Landesrechnung, interne und externe Revisionen im Rahmen der Umsetzung des jährlichen Revisionsprogramms, die Ausübung der internen Finanzaufsicht sowie die Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags.

Organisation

Die Finanzkontrolle ist organisatorisch dem Landtag zugeordnet und verfügt über einen Personalbestand von 5 Stellen.

Gesetzlicher Auftrag

Gemäss dem am 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Finanzkontrollgesetz unterstützt die Finanzkontrolle als oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht sowohl den Landtag bzw. die Geschäftsprüfungskommission bei der Ausübung ihrer verfassungsmässigen Finanzkompetenzen sowie ihrer Oberaufsicht über das öffentliche Finanzgebaren und die öffentliche Rechnungslegung als auch die Regierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktion.

Die Aufgaben der Finanzkontrolle beinhalten die Prüfung der Landesrechnung, die Prüfung des Finanzgebarens und der Rechnungslegung von staatlichen Stellen sowie von öffentlichen Unternehmen, sofern dies spezialgesetzlich vorgesehen ist, die Prüfung von staatlichen Finanzhilfen und Abgeltungen, die Prüfung des öffentlichen Beschaffungswesens, die Prüfung der internen Kontrollsysteme auf ihre Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit sowie die Prüfung von IT-Systemen hinsichtlich ihrer Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Funktionalität.

Die Finanzkontrolle ist im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften selbständig und unabhängig. Sie ist in ihrer Prüfungstätigkeit nur dem Recht verpflichtet.

Umsetzung des Prüfauftrages

Revisionsprogramm
Das jährliche Revisionsprogramm, welches aufgrund der Kriterien der Wesentlichkeit und Risikoorientierung festgelegt wird, bildet die Basis für die durchzuführenden Prüfungen. In Umsetzung des Revisionsprogramms prüft die Finanzkontrolle die Landesrechnung, staatliche Stellen, öffentlich-rechtliche Stiftungen und Anstalten, interne

Kontrollsysteme etc. Aufgrund von Konkordatsvereinbarungen der Regierung im Zusammenhang mit Bildungs- und Sozialinstitutionen in der Schweiz nimmt die Finanzkontrolle auch dort Revisionsstellenmandate wahr. Als Revisionsorgan prüft sie die Mittelverwendung im Rahmen von EU-Programmen, welche im Inland stattfinden.

Informatik-Revisionen
Wesentliche Informatikprojekte in der Landesverwaltung werden, unter der Leitung der Finanzkontrolle, einer Informatik-Revision durch spezialisierte externe IT-Prüfungsgesellschaften unterzogen, wobei die ordnungsgemässe Projektabwicklung, die technische Umsetzung, der Umgang mit Risiken etc. überprüft wird.

Interne Finanzaufsicht
Im Bereich der internen Finanzaufsicht prüft die Finanzkontrolle Ausgaben hinsichtlich ihrer Rechtmässigkeit, Ordnungsmässigkeit und Wirtschaftlichkeit, verifiziert Bauabrechnungen und kontrolliert durch unangemeldete Prüfungen die Geldbestände von rechnungslegenden Stellen, öffentlich-rechtlichen Stiftungen und Anstalten sowie Schulen.

Tätigkeitsbericht

Einen ausführlichen Tätigkeitsbericht über Umfang, Schwerpunkte und Feststellungen ihrer Prüfungstätigkeit erstattet die Finanzkontrolle jährlich dem Landtag und der Regierung. Der Tätigkeitsbericht wird nach der Behandlung durch den Landtag auf der Homepage der Finanzkontrolle (www.fk.llv.li) veröffentlicht.

Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission

Mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags besteht eine intensive und wirkungsvolle Zusammenarbeit. Die Finanzkontrolle nimmt an den Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission teil und informiert direkt über ihre Prüfungstätigkeiten. Die jeweiligen Prüfungsergebnisse und notwendige Massnahmen werden in den Sitzungen der Kommission zusammen mit der Regierung diskutiert und die weitere Vorgehensweise festgelegt.

Mitgliedschaften

Die Finanzkontrolle ist sowohl Mitglied der «Fachvereinigung der Finanzkontrollen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein» als auch Mitglied der Internationalen und Europäischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI und EUROSAI). Der Informations- und Erfahrungsaustausch über aktuelle Fachthemen, Prüfungsmethoden und Prüfungsstandards im öffentlichen Revisionsbereich sowie die Koordination von Weiterbildungsmassnahmen stehen im Zentrum dieser Mitgliedschaften.

Datenschutzstelle

Leiter: Dr. Philipp Mittelberger

Die Kernaufgaben der Datenschutzstelle (DSS) liegen in der Beratung, der Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der Aufsicht und der Führung des Registers der Datensammlungen. Die Zahl der Anfragen ist im Berichtsjahr im Vergleich zum vergangenen Jahr leicht rückläufig, bewegt sich aber weiterhin auf hohem Niveau. Die Anforderungen steigen weiterhin an.

Allgemeines
Die DSS ist darum bemüht, die vorhandenen Ressourcen weiter optimal einzusetzen. Im vergangenen Jahr wurden einzelne Beschlüsse zur Straffung von Ressourcen gefasst. Die Anforderungen steigen weiterhin an, sodass die erst 2012 definierten Schwerpunktbereiche Finanzplatz, Datensicherheit, Gesundheit und Soziales sowie Kinder und Jugendliche teils schon wieder in Frage gestellt werden müssen.

Insgesamt wird eine Trendwende weg von der Information und Sensibilisierung hin zu mehr Aufsicht angezeigt. Dies haben bisherige Erfahrungen gezeigt. Diese Trendwende wird auch durch die immer wieder hörbare Forderung bestätigt, wonach sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentrieren sollte.

Die Zusammenarbeit mit anderen Datenschutzbehörden in Europa und auch die Vernetzung mit Institutionen in Liechtenstein wird immer wichtiger.

Beratung von Privatpersonen und Behörden
Die Beratung von Behörden und Privatpersonen (wozu sowohl Unternehmen und andere Organisationen als auch private Einzelpersonen gehören) ist eine Kernaufgabe. Im Berichtsjahr gingen insgesamt 637 Anfragen ein, was ein leichter Rückgang zum Vorjahr bedeutet. Der Aufwand für die Beantwortung kann – je nach Komplexität der Anfrage – sehr unterschiedlich sein. Dieser leichte Rückgang kann teils damit erklärt werden, als es nun eine Gebührenpflicht für Gutachten und Stellungnahmen der DSS gibt. Bei einzelnen Anfragen wurde auf diese Gebührenpflicht hingewiesen, so dass die Anfrage zurückgezogen wurde.

Wie aus der nachfolgenden Auswertung ersichtlich, kommen die meisten Anfragen nach wie vor von der Landesverwaltung und anderen Behörden. Die zweitmeisten Anfragen kamen von privaten Einzelpersonen (Rückgang von 136 auf 116) und Unternehmen (Zunahme von 72 auf ebenfalls 116). Rückläufig sind vor allem beantwortete Anfragen im Bereich Internationales (von 111 auf 45), sodass insgesamt eine weitere Zunahme von inländischen Anfragen festzustellen ist (Anfragen ausländischer Datenschutzbehörden werden aus Ressourcengründen nur noch ausnahmsweise beantwortet, wenn sie nicht gezielt an die DSS gerichtet sind).

Eine Einteilung der Anfragen in Sachgebiete ist nur ungefähr möglich, da eine Anfrage oft mehrere Themen betreffen kann.

	Anwaltsbüros	Gemeinden	Industrie, Gewerbe, Dienstleistung	Internationales	Landesverwaltung, Behörden	Medien	Privatpersonen	Vereine, Verbände	Total
Datenschutz allgemein	7	1	30	11	31	37	35	10	162
Arbeitsbereich			18		3		5		26
Datenbekanntgabe Inland	6	3			40		11	9	69
Datenbekanntgabe Auslandsbezug	25	2	22	3	14	2	8		76
Geltendmachung gesetzlicher Rechte	2		1		4		24		31
Gesetzesvorhaben					29				29
Gesundheit/Soziales	1		8		8		2	1	20
Keine Zuständigkeit DSS					1		3	2	6
Polizei/Sicherheit	1				1	1			3
Register der Datensammlungen	1		7		6			3	17
Schengen/Dublin				9	1				10
Technologischer Datenschutz	3		18	22	29	7	10	8	97
Telekommunikation						13	3		16
Umsetzung/Anwendung europäischen Rechts					1	2			3
Vernehmlassungen ohne Stellungnahme					18				18
Videoüberwachung	12	2	12		13		15		54
Gesamtergebnis	**58**	**8**	**116**	**45**	**199**	**62**	**116**	**33**	**637**

Einzelne Beschwerden in Bezug auf eine Videoüberwachung durch Nachbarn wurden auf den ordentlichen Rechtsweg verwiesen.

Stellungnahmen zu Vorlagen und Erlassen

Im Berichtsjahr wurden im Zuge von Vernehmlassungen fünfzehn Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben abgegeben. Die Stellungnahmen betrafen die folgenden Gesetze: Gesetz über die Stabsstelle Financial Intelligence Unit; Strafgesetzbuch und Gesetz über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes (Terrorismusbekämpfung); Gesetz über bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (UCITSG); Rechtshilfegesetz; Gesetz über die Durchführung der internationalen Amtshilfe in Steuersachen im Bereich Gruppenanfragen; Gesetz über den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen; Gesetz über die Architekten und andere qualifizierte Berufe im Bereich des Bauwesens; Gesetz über die Finanzmarktaufsicht (Verfahren zur Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden im Bereich der Wertpapieraufsicht); Gesetz über Investmentunternehmen; Geldspielgesetz; Datenschutzgesetz (Auflösung der Datenschutzkommission); E-Government-Gesetz; Gesetz über die Banken und Wertpapierfirmen (MiFID II).

Stellungnahmen in hängigen Verfahren

Das Gesetz sieht vor, dass die DSS in hängigen Verfahren auf Ersuchen von entscheidenden Organen oder Rechtsmittelbehörden Stellungnahmen zu Datenschutzfragen einreichen kann. Diese Möglichkeit, einen aktiven Beitrag zur Rechtsprechung in Sachen Datenschutz abgeben zu können, wird von der DSS ausdrücklich begrüsst. Die DSS erhielt im Berichtsjahr keine Anfrage zu einer Stellungnahme.

Genehmigung von Datentransfers in Drittländer

Im Berichtsjahr erhielt die DSS keine Meldung betreffend Datentransfers ins Ausland durch Unternehmen in Liechtenstein (im Vorjahr war eine zu verzeichnen in Bezug auf die Verwendung von Standardvertragsklauseln). Seit Inkrafttreten des Gesetzes wurden nur sehr wenige Anträge gestellt. Dies erstaunt angesichts der Internationalität der hiesigen Wirtschaft.

Aufsicht

Im Berichtsjahr wurde eine im Vorjahr begonnene Kontrolle bei einer Krankenversicherung abgeschlossen. Diese Kontrolle war auf Initiative dieser Krankenkasse durchgeführt worden. Solche Kontrollen sind zu begrüssen.

Weitere Aufsichtsmassnahmen betrafen ein (weiterhin pendentes) Löschbegehren gegen Google. In einem weiteren Fall wurden Benutzer einer Sportanlage zwecks Verhinderung des Kartenmissbrauchs überwacht. Hier stellte sich die Frage der Verhältnismässigkeit. In einer weiteren Kontrolle wurde die Dokumentation (Statistik) betreffend die Überwachung und Auskunft im Zusam-

menhang mit der Vorratsdatenspeicherung bei den Anbietern nach dem Kommunikationsgesetz angefragt.

Bewilligungen von Videoüberwachungsanlagen
Im Berichtsjahr gingen zwölf Anträge auf Bewilligung einer Videoüberwachungsanlage ein; sieben Bewilligungen wurden abgeschlossen, fünf waren per Ende Jahr noch offen. Weiters wurden 17 Verfügungen für Verlängerungen bereits bewilligter Videoüberwachungen erstellt.

Führung des Registers der Datensammlungen
Dateninhaber haben die Pflicht, entweder ihre Datensammlungen bei der DSS anzumelden oder einen betrieblichen bzw. behördlichen Datenschutzverantwortlichen zu bezeichnen.

Zum Jahresende waren insgesamt 306 Datensammlungen von 59 Dateninhabern (28 Unternehmen, 8 Gemeinden und 23 Institutionen aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich) im Register aufgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 13 neue Datensammlungen im Register erfasst. Demgegenüber wurden 12 Datensammlungen aus dem Register entfernt. Dies unter anderem aufgrund der Bezeichnung von Datenschutzverantwortlichen (wodurch diese Dateninhaber von der Meldepflicht enthoben werden).

Inhaber von Datensammlungen haben jährlich Änderungen im Bestand ihrer Sammlungen zu melden. Im Berichtsjahr ging eine entsprechende Meldung bei der DSS ein.

Die Zahl der Datenschutzverantwortlichen stieg um 14 auf 138.

Die Liste der Datensammlungen und die Liste der Datenschutzverantwortlichen sind auf der Internetseite der DSS einsehbar.

Veranstaltungen und Schulungen (Information und Sensibilisierung)
Der Europäische Datenschutztag dient der Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu Themen, welche die breite Öffentlichkeit betreffen. Anlässlich des 9. Datenschutztages wurde eine öffentliche Abendveranstaltung organisiert mit dem Titel «Internet der Dinge. Wenn Gegenstände uns die Entscheidung abnehmen». Über 120 Interessierte besuchten die Veranstaltung.

Für die betrieblichen Datenschutzverantwortlichen fand eine Veranstaltung zwecks Informations- und Erfahrungsaustausch statt. Die Veranstaltung für die Datenschutzverantwortlichen von Behörden, die in der Vergangenheit ebenfalls regelmässig stattgefunden hatte, wurde aus Ressourcengründen nicht mehr durchgeführt.

Am Compliance Day der Universität Liechtenstein wurde über die laufende Datenschutzreform in Europa informiert. Am Zertifikatslehrgang Compliance Officer, der ebenfalls von der Universität Liechtenstein durchgeführt wurde, konnte zwei Tage lang ausführlich über den ganzen Themenkomplex des Datenschutzes informiert werden (behandelte Themen waren: Grundsätze des Datenschutzes und Tätigkeiten der Datenschutzstelle, Auslandstransfer, Aufgaben und Stellung eines Datenschutzverantwortlichen, Rechtsprechung zum Datenschutz, Datenschutz am Arbeitsplatz, die laufende Datenschutzreform in Brüssel, die Abgrenzung zwischen IT-Sicherheit und Datensicherheit, Anonymisierung und Pseudonymisierung sowie Datensicherheit auf mobilen Endgeräten, Verschlüsselung und Datenschutz im Internet).

Die Ankündigung von Microsoft zur Einführung von Windows 10 warf Datenschutzfragen auf, die in der Presse breitgeschlagen wurden. Aus diesem Grund organisierte die DSS zusammen mit dem IT Crowd Club Liechtenstein eine Veranstaltung, die von gut einhundert Personen besucht wurde.

Auf Anfrage wurden insgesamt elf Schulungen und Sensibilisierungsveranstaltungen mit Jugendlichen (sowohl Schüler als auch Lernende), Eltern und Personen aus der Privatwirtschaft gestaltet. Themen waren insbesondere Neue Medien, soziale Netzwerke, WLAN und Datensicherheit.

Im Rahmen der Durchführung von Veranstaltungen und Schulungen konnten auch Einnahmen generiert werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Medien
Zu verschiedenen Themen erfolgten Stellungnahmen in den Medien. Dazu gehört das Safe Harbor Urteil des Europäischen Gerichtshofs, ein Pressebeitrag zu Smartphones und ein weiterer zum Thema Outsourcing und Cloud Computing.

Zu Datenschutzaspekten des Automatischen Informationsaustausches (AIA) wurde ein Blogbeitrag auf einer für Datenschutz spezialisierten Internetseite publiziert. Ein ähnlicher Beitrag wurde in einer deutschen Fachzeitschrift veröffentlicht.

Im Rahmen der neuen Mitarbeiterzeitung der Landesverwaltung und auf Anfrage der Sektion Informatik der Wirtschaftskammer wurden weitere Beiträge veröffentlicht.

Internetseite
Die Internetseite der DSS stellt die Plattform zur Information der Öffentlichkeit dar. Sie wird regelmässig und kostengünstig gepflegt.

Die im Zusammenhang mit dem Europäischen Datenschutztag erstellte Empfehlung zum Internet der Dinge führt in die Begrifflichkeiten ein, zeigt vor allem die Risiken auf und enthält neben allgemeinen Empfehlungen, konkrete Empfehlungen für Gerätehersteller, App-Entwickler und Nutzer.

Im Rahmen der Datenschutzreform in Brüssel wird inskünftig vor allem auf das Risiko einer Persönlichkeitsverletzung abgestellt (Risk Based Approach). Um Unternehmen darauf aufmerksam zu machen wurde ein

Expertenpapier zum Thema in Auftrag gegeben und anlässlich des fünften Jahrestreffens der betrieblichen Datenschutzverantwortlichen präsentiert.

Die Informationen im Bereich Schengen/Dublin wurden zur Vorbereitung für die Schengen-Evaluation (siehe unten, Internationale Zusammenarbeit) komplett überarbeitet. Sämtliche Informationen sind jetzt zweisprachig vorhanden.

Mitarbeit in Arbeitsgruppen

Seitdem die DSS formell aus der Landesverwaltung ausschied, wird sie nur noch vereinzelt in Arbeitsgruppen berücksichtigt.

Im Berichtsjahr konnte bei folgenden Arbeitsgruppen mitgearbeitet werden:

In der ZPR-Kommission ist die DSS von Gesetzes wegen vertreten. In dieser Kommission nimmt die DSS eine aktive Rolle ein. Im Berichtsjahr fanden lediglich zwei Kommissionssitzungen statt, wodurch zahlreiche offene Punkte, wie beispielsweise die Auswertung der Protokollierung oder die Anpassung der Verordnung über das ZPR, nicht abgeschlossen werden konnten. Die DSS wies die Kommission darauf hin, dass eine gesetzliche Übergangsfrist nicht eingehalten worden war und drängte darauf, dies nachzuholen. Im Übrigen wird auf den Beitrag der ZPR-Kommission zum Rechenschaftsbericht verwiesen.

Im Berichtsjahr nahm die DSS an fünf Sitzungen der Fachgruppe Medienkompetenz teil. Der DSS eröffnet sich dadurch die Möglichkeit, in zwei definierten Themenschwerpunkten (Datensicherheit und Jugendliche) noch zielgerichteter zu sensibilisieren. Hier wirkte die DSS vor allem bei der Jahresplanung 2015/2016 mit und war federführend an der Gestaltung und Pflege des Internetauftritts beteiligt.

In der Konsultationsgruppe des Projekts «Umsetzung Automatischer Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten (AIA) konnte jeweils über laufende Entwicklungen aus Sicht des Datenschutzes berichtet werden.

In der Arbeitsgruppe zur Zukunft der Vorratsdatenspeicherung in Liechtenstein erfolgte eine aktive Mitarbeit. Dabei konnte sich die DSS auf Arbeiten der Vergangenheit stützen.

Im Rahmen des Projektes «Datenstandort» konnte die DSS beim Teilprojekt «Datenschutz» an verschiedenen Sitzungen mit Unternehemsvertretern Anliegen einbringen, um Liechtenstein als Datenstandort zu positionieren. Dieses Projekt wird als wichtig beurteilt.

Diese Arbeitsgruppen haben ihre Arbeit bis Jahresende nicht abgeschlossen. Die DSS begrüsst den Einbezug in Arbeitsgruppen, damit der Datenschutz berücksichtigt wird.

Internationale Zusammenarbeit

Die Globalisierung und die rasanten technologischen Entwicklungen stellen grosse Herausforderungen dar. Die Mitarbeit in internationalen Arbeitsgruppen und eine Zusammenarbeit mit ausländischen Datenschutzbehörden wird immer wichtiger. In diesem Rahmen hat sich die DSS im Berichtsjahr im Wesentlichen mit folgenden Themen befasst:

Die Entwicklungen um den automatischen Austausch von Steuerinformationen war bei der Artikel-29-Datenschutzgruppe ein wichtiges Thema. Die Europäische Kommission hatte diesbezüglich angeregt, dass Richtlinien zum Thema erarbeitet werden. Dazu wurde ein Fragebogen durch die financial subgroup ausgearbeitet, welche das Thema für die Datenschutzgruppe vorbereitet. Obwohl nur Beobachter, nahm die DSS an einzelnen Sitzungen der subgroup teil und leistete einen aktiven Beitrag zur Erstellung dieses Fragebogens und der Richtlinien, die Ende Jahr verabschiedet und veröffentlicht wurden..

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat im «Safe-Harbor-Urteil» das Safe Harbor Abkommen zwischen der EU und den USA für ungültig erklärt. Dieses Urteil hat weitreichende Folgen für Datentransfers in die USA, da dieses Abkommen einen Eckpfeiler für die Rechtmässigkeit solcher Transfers darstellte. Die Datenschutzgruppe befasste sich mit diesem Thema, dessen Bedeutung in der Praxis noch zu klären ist.

Daneben wurde unter anderem eine Stellungnahme zu Fragestellungen rund um Mini-Drohnen verabschiedet.

Die Datenschutzreform, welche die Europäische Kommission im Januar 2012 begonnen hatte, war weiterhin ein Thema in der Datenschutzgruppe. Inhaltlich konnte sich die DSS aus Ressourcengründen nur am Rande damit befassen.

Der automatische Austausch von Steuerinformationen war auch ein Thema im Konventionsausschuss des Europarates.

Nach der Schengen-Evaluation im Jahr 2011 wurde die DSS erneut darauf hin geprüft, ob die Anforderungen einer Schengen-Mitgliedschaft gegeben sind.

Da Liechtenstein Mitglied im Schengener Abkommen ist, ist die DSS in den entsprechenden Arbeitsgruppen (SIS/VIS/Eurodac) vertreten. Aus Ressourcengründen entschied sich die DSS, nicht mehr an Sitzungen im Rahmen VIS und Eurodac teilzunehmen.

Schlussbemerkung

Einzelheiten zu den aufgeführten Tätigkeiten können im Tätigkeitsbericht 2015 der DSS, welcher der Regierung und dem Landtag separat vorgelegt wird, nachgelesen werden.

Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche

Ombudsperson: Margot Sele

Rechtsgrundlage

1995 hat das Fürstentum Liechtenstein die UN-Kinderrechtskonvention (UNKRK) unterzeichnet und sich damit verpflichtet, den Bestimmungen zur Umsetzung zu verhelfen. Um ein Monitoring betreffend die Umsetzung der Kinderrechte in Liechtenstein zu ermöglichen, wurde im Kinder- und Jugendgesetz (KJG), das am 1. Februar 2009 in Kraft getreten ist, die Grundlage für die Funktion einer Ombudsperson für Kinder und Jugendliche geschaffen. Im Oktober 2009 wählte der Landtag die erste Ombudsperson für Kinder und Jugendliche für einen Zeitraum für 4 Jahre. In seiner Sitzung vom 5. Dezember 2013 bestätigte der Landtag die Wahl von Margot Sele für weitere 4 Jahre. Die Ombudsperson nimmt ihre Aufgabe im Rahmen eines Pensums von 40 Stellenprozenten wahr.

Gesetzlicher Auftrag
Der Auftrag der Ombudsperson für Kinder und Jugendliche ergibt sich aus dem Kinder- und Jugendgesetz (KJG), Art. 96 – 100.

Allgemein zugängliche Anlaufstelle
Die Ombudsstelle ist eine allgemein zugängliche, neutrale und kostenlose Anlaufstelle in allen Fragen und Anliegen, die Kinder und Jugendliche betreffen. Es können sich Kinder und Jugendliche selber, aber auch Erwachsene an die Ombudsfrau wenden. Die Ombudsperson ist zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die Ombudsperson hat bei Bedarf zwischen Kindern und Jugendlichen oder Erziehungsberechtigten einerseits und Gerichten, Landes- sowie Gemeindebehörden andererseits zu vermitteln. Auch Probleme mit öffentlichen und privaten Betreuungsorganisationen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Ombudsperson.

Monitoringfunktion
Die Ombudsperson überwacht die Umsetzung internationaler Übereinkommen insbesondere das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UNKRK). Zudem wird sie im Interesse von Kindern und Jugendlichen bei Behörden und anderen Institutionen mit Eingaben oder Beschwerden vorstellig und hat Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht bei Gerichten, Landes- und Gemeindebehörden sowie privaten Einrichtungen und Organisationen (KJG Art. 98).

Weitere Aufgaben
Zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen, die Kinder und Jugendliche in besonderem Masse berühren, nimmt die Ombudsperson im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Stellung. Ein weiterer Aufgabenbereich ist die Öffentlichkeitsarbeit, um über die Kinderrechte und damit verbundene Themen zu informieren. Die Ombudsperson verfasst jährlich einen Tätigkeitsbericht zu Handen des Landtags.

Umsetzung des gesetzlichen Auftrages im Jahr 2015

Anlauf- und Beschwerdestelle
In den an die Ombudsstelle herangetragenen Fällen geht es jeweils um Anliegen, Probleme, Anregungen und Fragen zu unterschiedlichen Kinder- und Jugendthemen. Im Berichtsjahr 2015 wurde die OSKJ- Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche in 18 Fällen kontaktiert. Dabei ging es vor allem um psychische Probleme von Kindern und Jugendlichen, Erziehungsprobleme sowie das Vorgehen von Behörden im Bereich Schule und Migration.

Es fällt auf, dass die Anfragen in Bezug auf Obsorgethemen, mit denen sich die Ombudsperson in den vergangenen Jahren häufig konfrontiert sah, im Berichtsjahr 2015 deutlich zurückgegangen sind. Mit dem neuen Kindschaftsrecht wurde am 1. Januar 2015 die gemeinsame Obsorge als Regelfall und die Möglichkeit einer gerichtlich angeordneten Mediation eingeführt. Zudem wurde im Januar 2015 als begleitende Massnahme ein vom Amt für Soziale Dienste und der Arbeitsgruppe Obsorge gemeinsam entwickelter Leitfaden bei Trennung und Scheidung veröffentlicht. Dieses gut verständliche Nachschlagewerk für Betroffene und Fachpersonen bietet Ratsuchenden Hilfe und Orientierung. Ob diese Neuerungen einen Zusammenhang mit dem Rückgang der an die Ombudsstelle herangetragenen Obsorgestreitigkeiten haben, kann zum jetzigen Zeitpunkt nur vermutet werden.

Im Berichtsjahr 2015 wurde die Ombudsperson häufig wegen Fragen im Zusammenhang mit psychischen Problemen von Kindern und Jugendlichen kontaktiert. Da die Fallzahlen in Liechtenstein aufgrund der Kleinheit des Landes von Jahr zu Jahr stark schwanken, kann daraus noch kein Trend abgeleitet werden. Berichte aus den Nachbarländern zeigen jedoch, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die wegen psychischen Problemen behandelt werden, in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen ist.

Öffentlichkeitsarbeit – Information über Kinderrechte
Wie bereits in den vergangenen Jahren leistete die Ombudsperson ihren Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit vor allem als Koordinatorin der Vernetzungsgruppe KINDERLOBBY LIECHTENTSTEIN und deren Aktivitäten, die in den beiden vergangenen Jahren stark zugenommen haben. Um die Öffentlichkeit für Kinderrechte zu sensibilisieren, wählt die KINDERLOBBY LIECHTENSTEIN jeweils ein Jahresthema aus dem Bereich der Kinderrechtskonvention. Da in Liechtenstein 2015 mehrere bedeutende Ereignisse im Kunst- und Kulturbereich statt-

gefunden haben, wie z.B. die Internationale Musische Tagung (IMTA) und die Eröffnung des «Weissen Würfels» in Vaduz, schien es der Kinderlobby besonders passend, das Recht auf Kunst & Kultur als Jahresthema 2015 zu wählen. Künstlerische und kulturelle Aktivitäten und die Teilhabe an einem qualitativ hochwertigen diesbezüglichen Angebot ermöglichen jungen Menschen eine Werteorientierung und fördern die Herausbildung von kultureller Identität und Toleranz. In Liechtenstein gibt es ein grosses Angebot an Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche. Doch es erreicht nicht alle Kinder. Der Kinderlobby war es in diesem Zusammenhang wichtig, auf das reichhaltige Angebot hinzuweisen und die öffentliche Diskussion darüber, wie man die Teilhabe an Kunst und Kultur aller jungen Menschen in Liechtenstein fördern könnte, anzuregen.

Folgende Aktivitäten konnte die Ombudsperson zusammen mit der Kinderlobby im Berichtsjahr durchführen: Eine Beitragsreihe im Liechtensteiner Vaterland zum Recht auf Kunst und Kultur sowie mehrere diesbezügliche Beiträge im Liechtensteiner Volksblatt, die Informations- und Diskussionsveranstaltung «Kinder haben ein Recht auf Kunst und Kultur» vom 4.11.15 mit einem Referat des Kulturwissenschaftlers Dr. Max Fuchs, die Veranstaltung zum Tag der Kinderechte am 20.11.15 im TAK Theater Liechtenstein (beide Veranstaltungen standen unter dem Patronat des Ministeriums für Äusseres, Kultur und Bildung) sowie ein kostenloses Angebot an Kunst- und Kulturworkshops für Familien und Schulklassen vom 14. – 20.11.15.

Vernetzung und Austausch mit Institutionen und Organisationen

Nebst der Vernetzungsarbeit im Rahmen der Koordination der KINDERLOBBY LIECHTENSTEIN hat sich die Ombudsperson im Laufe des Berichtsjahres mit verschiedenen Vertretern und Vertreterinnen von Organisationen, die sich mit Kinder- und Jugendthemen befassen zum Austausch getroffen und entsprechende Veranstaltungen in Liechtenstein sowie in der Schweiz und Österreich besucht. Zudem pflegt die Ombudsperson einen regelmässigen Austausch mit dem aha – Tipps und Infos für junge Leute, der Stiftung Offene Jugendarbeit (OJA) sowie dem Kinder- und Jugendbeirat (Kijub). Immer wieder ergeben sich Berührungspunkte in der Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen.

Seit 2011 engagiert sich die Ombudsfrau auch in der ARBEITSGRUPPE OBSORGE, die sich für die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche eine verantwortungsvolle Elternschaft nach Trennung und Scheidung möglich machen, einsetzt. Nach dem Inkrafttreten des neuen Kindschaftsrechts per 1. Januar 2015 einigten sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe darauf, die Entwicklung aufgrund der neuen Situation zu beobachten und sich zu gegebener Zeit zu einem Austausch zu treffen. Dieser Austausch hat am 28. Januar 2016 stattgefunden. Im Gegensatz zur Ombudsstelle konnten die Infra, die Fachstelle für Männerfragen und das Eltern Kind Forum keinen Rückgang der an sie herangetragenen Fälle beobachten. Auch wenn um die gemeinsame Obsorge nicht mehr gestritten werden muss, gibt es nach wie vor genügend Konfliktpotential, z.B. im Bereich der Betreuungsregelung. Der Verein für Mediation kann keine Zunahme von Mediationen feststellen, weder freiwillige noch gerichtlich angeordnete. Aus Sicht des Frauenhauses hat sich durch die Einführung der gemeinsamen Obsorge die Problematik eher verschärft, wenn es um Fälle von häuslicher Gewalt geht. Die Arbeitsgruppe Obsorge kommt daher zum Schluss, dass das neue Gesetz vorderhand noch eine «Hülle» ist, welche durch die verschiedenen Beteiligten zu füllen wäre. Dies könnte am besten durch ein professionelles Zusammenwirken von Beratungsstellen, Anwälten, Richtern und weiteren Involvierten mit Sicht auf das beste Interesse der Kinder gelingen. Die Arbeitsgruppe Obsorge wird ihre Arbeit daher wieder aufnehmen und plant einen Austausch mit den involvierten Stellen.

Direkter Kontakt mit Kindern und Jugendlichen

Im Rahmen ihrer Ressourcen konnte die Ombudsfrau wiederum einige direkte Kontakte mit Kindern und Jugendlichen knüpfen.

Im Berichtsjahr führte die Ombudsfrau auf Anfrage von Schulen und der Caritas Liechtenstein 2 Kinderrechte-Workshops durch. Zudem besuchte sie die JUBEL-Vollversammlung (Jugendbeteiligung Liechtenstein) und wirkte am Staatsfeiertag beim Aktionsstand des aha – Tipps und Infos für junge Leute mit.